

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1930

15.3.1930 (No. 73)

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2,80 Mk. frei ins Haus, 2,70 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt. Nr. 2 60 durch die Post ohne Zustellgebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Samstag und Sonntag 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatsabschluss. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei
Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenszeitung
Beilagen: Kunst u. Wissen, Frauenbeilage, Hefter für den Familienfisch, Was der kathol. Welt, Sportbeilage, Deutsche Jugendkraft, Württ. Kreisbeilage, „Mittlere Mode“, Gesellschaftliche, Redaktion u. Verlag: Steinstr. 17-21
Verlag: Gesellschaftliche, Redaktion 6235, Verlag 6237, Druckerei: Beobachter, Postfachkonto Karlsruhe 4934

Anzeigenpreis: Die 10 Spalten 27 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Pfg., auswärts 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 6 Pfg., die 3 Spalten 87 mm breite mm-Zeile im Reklameteil 60 Pfg., Reklameteil nach Tarif. Bei Zahlungsschwierigkeiten, zwangsweiser Einziehung oder Konkurs kommt der Reklameteil in Wegfall. Schluß der Anzeigenannahme 5 1/2 Uhr. — Erfüllungsort und Vertriebsort in Karlsruhe.

Nr. 73 (12 Seiten)

Karlsruhe, Samstag, den 15. März 1930

68. Jahrgang

Zeichen der Beruhigung?

Es wird Ernst mit den Einsparungen und der Vereinfachung des Staatsapparates

Berlin, 14. März. Man sieht einen politischen Ausgleich, und man hat den angenommenen Youngplan: das hat auf die Börse derart anregend gewirkt, daß sie am Mittwoch seit langer Zeit wieder einen großen Tag sah und Kurssteigerungen erfuhr, wie sie lange nicht zu verzeichnen waren. An sich mag das eine nur stimmungsmäßige Angelegenheit sein. Sie beweist aber darüber hinaus doch, daß von dem Youngplan und von einer Regelung der Finanzen eine Ankurbelung der Wirtschaft erfolgen kann. Die Börse hat jedenfalls das sichere Gefühl, daß die Beruhigung einen starken Antriebsimpuls auf dem Arbeits- und Kapitalmarkt geben muß. Man hat dieses Zeichen zu beachten. Es wurde auch im Reichstage gestern ausführlich erörtert und dürfte die Angehörigen der Koalition in ihrem Entschluß, ihre Pläne durchzuführen.

Dr. Sch. Berlin, 14. März. (Eig. Drahtber.)

Wie der demokratische Zeitungsdiener mitteilt, sind im Reichsfinanzministerium die Vorarbeiten für das große Reichsfinanzprogramm begonnen worden. Die Arbeiten sollen nach Möglichkeit beschleunigt werden, damit es in absehbarer Zeit gelang, eine großzügige Ausgabenlenkung durchzuführen. Zunächst sind eine Anzahl von Richtlinien aufgestellt worden, zu denen die Einzelheiten des Programms festgelegt werden.

Einen der ersten Punkte des Sparprogramms bilden die Einsparungen bei der Justiz und das Kabinett wird demnächst den gesetzlichen Körperschaften eine Vorlage über die Justizreform zuleiten. Weiterhin soll eine Vereinfachung der Verwaltung durchgeführt werden und zwar in Verbindung und unter Annäherung an die Länderverwaltungen.

Wie weit dabei gewisse Gedanken Platz greifen werden, die darauf hincielen, Beamte anzulösen oder zur Verschmelzung vorgesehener Verwaltungen ohne Verringerung ihrer Bezüge bis zu einem gewissen Zeitraum zu beurlauben, bedarf noch der Erörterung.

Dabei wird erwogen, diese Beurlaubungen vorzunehmen mit der Maßgabe, daß ein Drittel anderweitigen Verdienstes angerechnet werden kann. Ferner soll vorgeschlagen werden, die Verwaltungen des besetzten Gebietes schnell aufzulösen und weiterhin besteht die Absicht, die Steuererhebung und die Steuerverwaltung weitgehend zu vereinfachen. Erörtert soll auch werden die Uebertragung der Verwaltung und des Reichswehrschutzes einschließlich ihres Beamtenapparates an die Länder zur Vereinigung mit ihrer Bau- und Polizeiverwaltung. Schließlich soll sich das Sparprogramm auch auf die Verwaltungsreform bei der Arbeitslosenversicherung und beim Versicherungswesen erstrecken, ebenso wie auf das Reichsheer und die Reichsmarine.

Die Verantwortung des volksparteilichen Parteitag

Dr. Sch. Berlin, 14. März. (Eig. Drahtber.)

Man gibt sich in parlamentarischen Kreisen keinem Zweifel darüber hin, daß von dem deutschvolksparteilichen Parteitag alles abhängt, insbesondere das Schicksal der Regierung und die Beantwortung der Frage, ob das Finanzprogramm auf rein parlamentarische Weise verabschiedet wird oder ob sich die Konsequenzen aus dem Wort des Reichspräsidenten einstellen werden. Nur wenn die Deutsche Volkspartei auf ein Agitationsprogramm verzichtet und wenn ihr Parteitag sich an dessen Stelle über maßvolle Vorschläge einigt, wird das Finanzprogramm von der jetzigen Regierung durchgeführt werden können. Ueber das, was der Reichspräsident zu tun gedenkt, wenn die Deutsche Volkspartei weiterhin erkennen lassen sollte, daß sie nicht mehr in der Regierungskoalition verbleiben will, liegt von seiner Seite keine Äußerung vor. Man weiß nur das eine, daß der Reichspräsident die feste Absicht hat, die notwendigen Gesetze so rechtzeitig durchzuführen zu lassen, daß sie am 1. April in Kraft treten können. Man glaubt außerdem zu wissen, daß der Reichspräsident einem Kabinett der Weimarer Koalition nicht die befürworteten Vollmachten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung geben wird.

Die agrarpolitischen Fragen

Dr. Sch. Berlin, 14. März. (Eig. Drahtber.)

Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung mit agrarpolitischen Fragen, die jetzt auf allen Seiten so weit vorbereitet sind, daß sie wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen offiziell zur Diskussion stehen werden. Auch der Reichslandwirtschaftsminister hat inzwischen verschiedene Vorschläge zur Behebung der Mängel gemacht, die trotz der vor einigen Monaten beschlossenen Hilfe noch vorhanden sind. Es handelt sich insbesondere um ein Ermäßigungs-

gesetz zur Bewirtschaftung sämtlicher Getreidearten, um die monopolartige Bewirtschaftung von Mais, um die Zolländerungen bei Mais- und Kartoffelmehl und Getreide, sowie um die Erhöhung des Zuckersollens unter Beibehaltung des Verbraucherschutzes.

Vertagung des Reichsparteiausschusses

Dr. Sch. Berlin, 14. März. (Eig. Drahtber.)

Die ursprünglich für den 23. ds. Mts. in Aussicht genommene Sitzung des Reichsparteiausschusses der Deutschen Zentrumspartei ist wegen der allgemeinen politischen Lage verschoben worden. Voraussichtlich wird die Tagung des Reichsparteiausschusses am 5. und 6. April in Berlin stattfinden.

Primo de Rivera kommt nach Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 14. März. Der ehemalige spanische Ministerpräsident Primo de Rivera wird heute in Frankfurt a. M. erwartet. Er beabsichtigt hier, einen Spezialisten für Zuckerkraut zu konsultieren und sich einer Kur zu unterziehen.

Auf der Reise in die neue Heimat

Hamburg, 14. März. Mit dem Hamburg-Südamerika-Dampfer „Monte Sarmiento“ traten gestern weitere 22 deutsch-russische Flüchtlingsfamilien, die aus dem Sammellager Hammerstein in Hamburg eingetroffen waren, die Fahrt nach Brasilien an. Der Transport geht zunächst bis Rio de Janeiro und von dort weiter nach Bahia.

Die Gegensätze im thüringischen Kabinett beigelegt

Weimar, 14. März. (Eigene Meldung.) Die Spannung im thüringischen Kabinett ist beigelegt. Allerdings wird Minister Dr. Friedl persönlich nicht auf die ihn als Koalitionsminister hinführende Erklärung der Deutschen Volkspartei eingehen. Die Einigung zwischen den Parteien ist durch eine inzwischen angenommene Erklärung zum Ausdruck gekommen, in der gesagt wird, Dr. Friedl habe wohl seine Erklärung im Reichstag ohne besonderen Auftrag abgegeben, in der Sache aber je doch recht und habe mit seiner Erklärung — die er ja schließlich auch in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter hätte abgeben können — nur den Standpunkt des thüringischen Kabinetts zur Youngplanfrage zum Ausdruck gebracht.

Italien will auch Deutsch-Kamerun

Die Polemik der italienischen mit der französischen Presse wegen der italienischen Ansprüche auf französisches Kolonialgebiet im Süden von Tripolitanien, nämlich das Gebiet rings um den Tschadsee mit den wichtigen großen Oasengebieten Borku und Libesti, tritt nun in die entscheidende Phase.

Die „Stampa“, deren römische Informationen immer die offizielle italienische Außenpolitik widerpiegeln — Direktor Torre von der „Stampa“ ist Vorsitzender des Senatsausschusses für Außenpolitik und ein Intimus Mussolinis — nimmt den Artikel der Pariser „Debat“ auf, der Italien das Recht auf Borku und Libesti abgesprochen hatte und erwidert darauf sehr energisch, daß Italien nicht nur dieses von den Franzosen besetzte Gebiet erhalten müsse, sondern darüber hinaus noch das Kolonialmandat von Kamerun, das auch in französischen Händen ist. Der Anspruch wird derart kategorisch vorgebracht, daß kein schlichtes Blatt wagen würde, ihn derart geltend zu machen, wenn es nicht von Rom aus ausdrücklich gebilligt wäre. Es ergibt sich aber aus dieser Form der Geltendmachung, daß es keinen Rückzug Italiens mehr gibt, weil er einer Blamage für den Faschismus gleichkäme. Die „Stampa“ sagt offen heraus, die Franzosen hätten 1911 „unter Verletzung des Abkommens mit der Türkei“ Borku und Libesti besetzt, so daß dieser Besitz Italien nicht strittig gemacht werden könne. Italien strebe aber auch nach dem Besitze des Tschadsees und nach dem Mandat für Kamerun. Wenn die französischen Militärs darüber in But führen, werde das Italien nicht aus der Ruhe und aus der Geduld bringen. Das laute Geschrei wird Italien nicht an der Lösung von Problemen hindern, die für seine Zukunft wesentlich sind. Es ist das erste Mal, daß das Wort „Kamerun“ im Zusammenhang mit der Vorwandung des italienischen Kolonialbestrebens fällt. Italien würde dann vom Mittelmeer bis zum Meerbusen von Guinea eine Durchgangsstraße schaffen können und unabhängig von manchen Rohstoffquellen werden, zu denen der Weg sowohl am Sueskanal als an der Gibraltarstraße gesperrt werden könnte.

Wird endlich durchgefakt?

Verhaftung von zwei Offizieren

Das Reichswehrministerium hat vor einiger Zeit durch Meldungen aus der Truppe erfahren, daß einige junge Offiziere in nationalsozialistischen Kreisen zu wirken suchten. Da diese Versuche rechtzeitig bemerkt und abgeklärt worden sind, haben sie sich auf wenige Fälle beschränkt und keine Bedeutung gewinnen können. Das Reichswehrministerium hat die Angelegenheit der Reichsanwaltschaft übergeben; diese hat zwei Leutnants des Standortes Ulm und einen ehemaligen Offizier verhaften lassen. Die weitere Bearbeitung der Sache liegt in der Hand der Reichsanwaltschaft.

Sierzu erzählt die „Frankfurter Zeitung“ weiter:

Die Gerüchte, die im Zusammenhang mit dem bekannnten Erlaß des Reichswehrministers Groener gegen Zerfetzungsversuche von links- und rechtsradikaler Seite in politischen Kreisen verbreitet waren, finden jetzt ihre offizielle Bestätigung. Von zuständiger militärischer Stelle wird nämlich mitgeteilt, das Reichswehrministerium habe vor einiger Zeit durch Meldungen aus der Truppe erfahren, daß einige junge Offiziere im nationalsozialistischen Sinne zu wirken versucht hätten. Da diese Versuche jedoch rechtzeitig bemerkt und abgeklärt worden seien, hätten sie sich auf wenige Personen beschränkt und keine Bedeutung gewinnen können. Das Reichswehrministerium habe die Angelegenheit der Reichsanwaltschaft übergeben. Diese hätte ihrerseits zwei Leutnants des Standortes Ulm und einen ehemaligen Offizier verhaften lassen. Die weitere Untersuchung werde von der Reichsanwaltschaft durchgeführt werden.

Wie man hört, gründen sich die Verhaftungen, die am Dienstag dieser Woche erfolgten, auf den Verdacht der Vorbereitung zum Hochverrat. Der „Wölfische Beobachter“ nannte übrigens bereits gestern den Namen des einen der Verhafteten; es handelt sich danach um einen Oberleutnant a. D. Wendt. Daß Herr Wendt noch nicht allzu lange als aktiver Offizier der Reichswehr ausgeschieden sein kann, geht aus der Bemerkung des „Wölfischen Beobachters“ hervor: er habe der Reichswehr angehört, dann seinen Dienst quittiert und von Herrn Groener in entsprechender Weise Abschied genommen. Inzwischen ist Oberleutnant a. D. Wendt S.-M.-Führer der Nationalsozialisten in Kassel geworden.

Daß es sich bei den Bemühungen der Nationalsozialisten um eine recht bedeutungsvolle Angelegenheit handelt, geht zum mindesten daraus hervor, daß der Reichswehrminister durch die vorliegenden Tatsachen zu seinem ersten Erlaß an die Truppen veranlaßt worden ist. Man darf deshalb erwarten, daß einmal das jetzt eingeleitete Verfahren gegen die beschuldigten Offiziere schnellstens und in aller Öffentlichkeit durchgeführt wird und daß man zweitens stärker als bisher auf Zerfetzungsversuche nicht nur von links, sondern auch von rechtsradikaler Seite achten wird.

Auch Deutschland ist eine große Nation

Mailand, 14. März. Der „Popolo d'Italia“ polemisiert gegen den französischen Geschichtsschreiber Jacques Bainville, der behauptet hatte, daß der geschichtliche Gegensatz der französischen Welt und deutschfreundlichen Christen auch im zukünftigen Italien bestehe. Das neue Italien sei weder das eine noch das andere; seine Haltung werde durch das nationale Interesse und durch seine Friedenspolitik bestimmt. Italien könne keine Dankbarkeit; denn es fühle sich als Opfer des schwärzesten Undanks. In den Jahren 1914, 1915 und 1918 habe Italien Frankreich gerettet, aber nach beschworener Gefahr hätten die Franzosen die Südländer gegen Italien bewaffnet, die kolonialen Angelegenheiten verweigert, die politischen Flüchtlinge aus Italien in Schutz genommen und die Vorbereitung von Attentaten gebildet. Zwischen Italien und Deutschland bestünden keine direkten Gegensätze; das Zerwürfnis sei durch die Balkan- und Adriapolitik der Habsburger entstanden. Jetzt sei Italien sogar mit Österreich ausgeöhnt. Dagegen bestünden nun andere Bedrohungen der Ruhe Italiens, die nicht von Deutschland ausgingen. Bainville möge nicht nervös werden, wenn sich die italienische Presse mit deutschen Angelegenheiten befaße. Auch Deutschland sei eine große Nation und habe Anspruch, in Europa in Frieden zu leben.

Paris, 14. März. Der Vorstand der internationalen Rohstoffgemeinschaft hat beschlossen, für das zweite Vierteljahr 1930 das bisherige Tonnageprogramm und die gleichen Verkaufsbedingungen für die Ländergruppen wie bisher beizubehalten. Die Rohstoffgemeinschaft wird auf der bisherigen Grundlage bis zum Oktober 1930 verlängert.

Internationale Rohstoffgemeinschaft bis Oktober 1930 verlängert

Paris, 14. März. Der Vorstand der internationalen Rohstoffgemeinschaft hat beschlossen, für das zweite Vierteljahr 1930 das bisherige Tonnageprogramm und die gleichen Verkaufsbedingungen für die Ländergruppen wie bisher beizubehalten. Die Rohstoffgemeinschaft wird auf der bisherigen Grundlage bis zum Oktober 1930 verlängert.

Der Bischof von Arras gestorben

Paris, 14. März. Der Bischof von Arras, Mgr. Julien, Mitglied des deutsch-französischen Studienausschusses, ist heute nacht gestorben.

Dr. Curtius in Locarno

Locarno, 14. März. Reichsaußenminister Dr. Curtius ist mit Gemahlin und Sohn zu 14tägigem Kurzaufenthalt hier eingetroffen.

Die aufgejessenen Berliner Freimaurer

Wien, 14. März. Die Wiener Kriminalpolizei hat den Beschäftigten John Scicluna verhaftet. Als man das Gepäck des Verbrechers durchsuchte fand man dabei verschiedene Freimaurerabzeichen. Wiener Blätter melden dazu: Scicluna verkehrte auch viel in Berliner Freimaurerkreisen. Er will selbst der Großloge „Jahret el Nil“ angehört haben. In dieser Loge will er den neunten Grad erreicht haben und Großmeister gewesen sein. Zur Beglaubigung dessen hatte er die Schwärpen der verschiedenen Maurerwürden, die er bekleidet hat, die „Orden mit der Wasserwaage ohne und mit Querbalken“ bei sich. Er selbst gibt aber zu, daß er späterhin wegen seiner Abstrafungen vom Orden ausgeschlossen wurde.

Nach den uns vorliegenden Daten existiert zwar in Port Said keine Großloge, aber drei gewöhnliche Logen sind vorhanden, die in griechischer, arabischer und französischer Sprache amtierend. Jedenfalls hat der Schwindler einer dieser Logen angehört und seinen Logenbuch nicht abgegeben bevor er auf die Reise ging. Auf Grund seiner freimaurerischen Kenntnisse hat er die Gastfreundschaft der Berliner Logen stark in Anspruch genommen, wie schon mancher Schwindler vor ihm. Vorerst hat die Reise im Wiener Polizeiarrest ein Ende gefunden. Die erwähnte Gastfreundschaftspflicht hat den Berliner Logenleuten einen Streich gespielt.

Protest gegen die Numerierung der Schupo

Berlin, 14. März. Der Vorstand des Verbandes preussischer Polizeibeamten hat eine Entschliessung gefaßt, in der es heißt: Der Vorstand des Verbandes preussischer Polizeibeamter hat durch die Berliner Tagespresse davon Kenntnis erhalten, daß der Polizeipräsident in Berlin die Absicht geäußert hat, die öffentliche Numerierung sämtlicher Polizeibeamten anzuordnen. Die vom Polizeipräsidenten gegebene Begründung schlägt nicht durch. Die angeblich aufgetretenen Mängel können nicht durch eine öffentliche Numerierung der Polizeibeamten, sondern nur durch eine Änderung des Ausbildungs- und Führerwahlsystems beseitigt werden. Der Verbandsvorstand lehnt die öffentliche Numerierung der Polizeibeamten, wie sie bis zur Staatsumwälzung bestanden hat, mit aller Entschiedenheit ab.

Das „Tempo“ hört von zuverlässiger Stelle daß die Veröffentlichung über die Numerierungspläne — und es sind ja nur Pläne — vorzeitig und indiscret erfolgt ist. Der Polizeipräsident wollte und will den Plan erst mit den Verbänden besprechen und hat sie tatsächlich für Samstag zu einer Besprechung geladen. Auf dieser Beratung werden die Verbände ihre Bedenken geltend machen oder sich überzeugen lassen können.

Glückslos 210171

Berlin, 14. März. (Eigene Meldung.) Am heutigen Schlußtag der Ziehung zur letzten Klasse der Preussisch-Süd-deutschen Klassenlotterie gelangte gleich nach Ziehungsbeginn die große Sonderprämie von einem halben Million Mark, die dem am letzten Tag zuerst mit einem Gewinn von 1000 Mark gezogenen Los zufällt, zur Auslosung. Wie die „B. Z.“ berichtet, fiel die Prämie auf das Los 210 171, das in der ersten Abteilung in Königsberg und in der zweiten Abteilung in Lübeck gespielt wird. Der Königsberger Gewinner spielte das Los im Ganzen und erhält daher 400 000 Mk. in bar. In Lübeck wurde das Los in Vierteln gespielt.

Die kleine Eva

Roman von E. Frazer-Simson. Copyright bei Georg Müller, München.

14. Lieben nur noch die Fenster. Er prüfte die Schrauben, mit denen der schweigende Mann, den er in seinem Gedanken Robinson nannte, die Eisenstangen befestigt hatte. Sie waren bis zum letzten in das Holz hineingedreht, und ohne Schraubenzieher oder ein ähnliches Instrument schien es unmöglich, sie zu bewegen.

Das andere Ende der Eisenstange sah ein wenig hoffnungsvoller aus. Die Schrauben waren alt und waren offenbar schon seit Jahren da. Sie hatten runde, vorstehende Köpfe, und es war viel leichter, für sie einen Schraubenzieher zu improvisieren, da die Breite nicht in Betracht kam und das Werkzeug lediglich in den Hals passen mußte.

Peter wanderte durch das Zimmer in der Hoffnung irgend etwas Brauchbares zu entdecken. Die ganze Zeit über konnte er die Neugierde nicht aus dem Kopf bringen, welches wohl seine Fluchtaussichten wären, wenn er erst die Laden offen hätte. Wahrscheinlich lag das Haus auf dem Grunde, sonst hätte man etwas von dem Lärm des Verkehrs hören müssen. Aber er wußte ja nicht einmal, in welchem Stockwerk er gefangen war oder was für ein Fenster befand.

Unerwartet war das Aufschrauben der Laden bezeichnend und wies darauf hin, daß er einmal draußen auf irgendeine Hilfe rechnen konnte. Vielleicht war da ein Balkon oder das Dach einer Vorhalle, auf das er sich herablassen konnte.

Auf dem Boden entdeckte er einen rostigen Nagel, mit dem er die eingetrodnete Decke aus den Fugen der Schrauben herauskrochte. Aber damit war er am Ende seiner Weisheit, denn irgend etwas Schraubenzieherähnliches konnte er nicht finden.

Erst am nächsten Nachmittag — es war nun schon Mittwoch — stieg er auf ein brauchbares Werkzeug nämlich seinen Haus Schlüssel. Er trug ihn an seiner Uhrkette und als er sie herauszog, um auf die Uhr zu schauen, wußte er daß er da hatte, was er brauchte. Indem er den Bart des Schlüssels in den Nagel drückte, vermochte er die Schrauben zu bewegen. Als der Bart abzubrechen drohte, bediente er sich eines Pennyknives und hatte bald die beiden Schrauben lose.

Die Arbeiten des Reichstags

Republikchutzgesetz und Brotgesetz

Berlin, 14. März. Im Gegensatz zu den stürmischen Szenen am Donnerstag, verlief der Abschluß der zweiten Beratung des Republikchutzgesetzes in der heutigen Reichstags-Sitzung verhältnismäßig ruhig. Das Gesetz wurde mit etwa 110 Stimmen Mehrheit in der Ausschussfassung angenommen. Die Ausschussbeschlüsse sind nur insofern geändert worden, als nicht nur die Reichs- und Landesfarben, sondern die Farben oder Klagen des Reiches oder eines Landes gegen Beschimpfung geschützt werden sollen. Mit dieser, von der Deutschen Volkspartei beantragten Änderung fallen auch die schwarzweißen Kriegs- und Handelsflagge des Reiches unter den Schutz des Republikchutzgesetzes. Eine weitere Änderung gegenüber der Ausschussfassung liegt darin, daß nach den heutigen Reichstagsbeschlüssen das Republikchutzgesetz spätestens am 31. Dezember 1932 außer Kraft tritt. Bisher war nur vorgesehen, daß es mit dem Inkrafttreten des neuen Strafgesetzbuches seine Geltung verliert.

Abgelehnt wird ein nationalsozialistischer Antrag, der Todesstrafe verlangt für „Verräter“ und „Vollverrat“, worunter u. a. die Agitation für geistige, körperliche oder materielle Abrüstung und die Ueberrahme oder Anerkennung „neuer auf der Kriegsschuldfrage beruhender Lasten oder Verpflichtungen“ verstanden werden. Wer lebende oder tote Nationalhelden, Seeräuber oder Inhaber der höchsten deutschen Tapferkeitsorden öffentlich beschimpft, verächtlich macht oder in argernisregender Weise mißhandelt, soll nach dem Antrag mit Zuchthaus und in Fällen besonderer Rohheit und Gemeinheit daneben mit körperlicher Züchtigung bestraft werden (!)

Verchiedene andere nationalsozialistische, deutschnationale und kommunistische Änderungsanträge werden gleichfalls abgelehnt.

Die dritte Lesung des Republikchutzgesetzes soll am Samstag vormittag 10 Uhr beginnen.

Die Schlußabstimmung wird erst in der Dienstag-Sitzung erfolgen, da der Montag voraussichtlich sitzungsfrei bleiben wird.

100 000 Mk. Steuergelder unterschlagen

Berlin, 14. März. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge ist die Polizei umfangreichen Betrügereien beim Finanzamt Wilmersdorf-Rord in der Stegenburgerstraße auf die Spur gekommen. Nach den bisherigen buchtechnischen Prüfungen hat dort ein Beamter etwa 100 000 Mk. einzuzahlender Steuergelder an sich gebracht und die Gelder für sich verbraucht. Der Obersteuersekretär Heinrich, der in der genannten Dienststelle mit der Abgabe von Steuerbeträgen beschäftigt war, hatte sich im Laufe der letzten Jahre mit mehreren steuerzahlenden Bürgern seines Bezirkes in Verbindung gesetzt und diese zwecks Festsetzung der Steuerbeträge nach dem Finanzamt vorgeladen. Dabei lernte er die Leute kennen und suchte diese später zwecks Mißsprache in ihren Wohnungen auf. Er forderte dann zu gleicher Zeit die Anshändigung der Steuern, nahm diese Beträge an sich und stellte den Leuten eine mit dem Amtssiegel des Finanzamtes versehenen Quittung über den geleisteten Steuerbetrag aus. Erst nachdem in mehreren Fällen die schon an Heinrich gezahlten Steuerbeträge vom Finanzamt bei den Zahlungspflichtigen reklamiert und die Zwangsversteigerung der Steuerbeträge angedroht wurde, kamen die Verurteilungen ans Licht. Wie das Blatt mitteilt, müssen die gezahlten Steuergelder, die Heinrich auf diese Weise einkasirt hatte, noch einmal an das Finanzamt gezahlt werden, so daß die eigentlich Geschädigten — über 100 Geschäftleute und Privatpersonen — das Nachsehen haben.

In der heutigen Sitzung wurde auch das Brotgesetz in erster Beratung dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. Er will, wie Reichsernährungsminister Dietrich kurz ausführte, den Verbrauch deutschen Roggens fördern. Nach dem Gesetz soll das Brot nach Gewicht verkauft werden bei gleitenden Preisen. Durch besondere Kennzeichnungsvorschriften soll der Verbraucher die Gewähr dafür haben, daß er richtiges Roggenbrot mit höchstens 5 Prozentigen Weizenzusatz erhält. Angenommen wurde ein Ausschussantrag, wonach die Ausmahlungsquote für Roggen herabgesetzt und ein dem Mehrtanteil an Mele, entsprechender Meleigehalt eingeführt werden soll.

Die Vorlage, nach der der erste Teil der Industriebelastung 1930 der Reichsfläche zustehen soll, wurde ohne Debatte dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Gegen den Protest der Nationalsozialisten und Kommunisten wurde auf Antrag des Geschäftsausschusses die Genehmigung zur Strafverfolgung des kommunistischen Abg. Loggler und der nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Göbbels und Wagner erteilt.

Der „Hungermarsch“ nach Dresden

Dresden, 13. März. Anlässlich des Hungermarsches nach Dresden, zu dem die kommunistische Presse aufgerufen hatte, kam es heute nachmittag verheerend zu Zusammenstößen mit der Polizei. Der Zug von auswärts war jedoch nicht so stark, wie von den Kommunisten erwartet worden war. In den Nachmittagsstunden kam es in der inneren Altstadt im Anschluß an kommunistische Versammlungen zu größeren Zusammenrottungen.

Diese demonstrativen Ansammlungen sind ohne besondere Mühe zum Teil unter Zuhilfenahme britischer Polizei und Einziehung eines Panzerwagens zerstreut worden. Verschiedentlich wurde die Polizei mit Steinen und Flaschen beworfen. Auch wurden einzelne Demonstranten mit Revolvern beobachtet, wie auch nach Vertreibung der Menge Revolvermunition auf der Straße gefunden worden ist. Von den im Laufe des Abends festgenommenen Demonstranten befanden sich um Mitternacht 125 in polizeilichem Gewahrsam, darunter 6 Ausländer und 37 Landfremde.

Zwei Mann unter einer Lawine begraben

Chur, 14. März. Am Donnerstag früh war eine Partie von fünf Arosaer Gästen aufgebrochen, um eine Skitour nach dem Parpaner Rothorn zu unternehmen, eine Tour, die unter normalen Verhältnissen nicht besonders gefährlich ist. Gegen Mittag geriet die Gesellschaft in eine Lawine. Zwei Fahrer konnten sich in Sicherheit bringen, ein dritter arbeitete sich wieder heraus, die übrigen zwei jedoch wurden von den Schneemassen zugebedt und waren unauffindbar. Von Arosa aus brach unterzünftig eine Rettungskolonne von 40 Mann auf, die aber an der Unfallstelle angelangt, durch stürmischen Wetter in ihrer Arbeit behindert war. Es gelang ihr trotzdem, die Leiche des 19jährigen Kaufmanns Zaubler aus Zürich zu bergen. Sein Unglücksgefährte wurde nicht gefunden. Er handelt sich um einen Architekturstudenten Bogler aus Berlin. Die Rettungskolonne mußte, um sich nicht größeren Gefahren auszusetzen, die Bergungsarbeiten aufgeben und mit der Leiche des einen aufgefundenen Skifahrers den Heimweg antreten. Heute früh ist sie wieder aufgebrochen, um im Laufe des Vormittags auch das zweite Opfer des Unglücks zu bergen.

Das Holzwerk war alt und etwas angefault, und das Gips- und Gefachwerk der Eisenstange hatte die Schrauben schon ziemlich gelockert. Peter hielt mit der Arbeit ein, als er sicher war, daß er sie mit ein paar Drehungen heraus hätte. Mit der Hoffnung auf das Gelingen seiner Flucht stieg seine Stimmung.

Aber natürlich war an Flucht gar nicht zu denken, ehe es dunkel war und das ganze Haus schlief. Einweilen sammelte er vom Boden auch die kleinsten Staubkörnchen der herausgekratzten weißen Farbe und schüttete sie in den Auszug im Vordzimmer. Dann wusch er sich unter leitem, vergnügten Pfeifen Hände und Gesicht.

Als er, erfrischt und wohlgelaut, das Zimmer wieder betrat, fand er das Abendessen auf dem Tisch stehen. Robinson war augenscheinlich während seiner Abwesenheit hier gewesen. Er setzte sich nieder und ließ es sich schmecken. Eier und Tee sind nicht zu verachten, wenn man hungrig ist. Während er aß, überlegte er.

Das Erste, was er nach seinem glücklichen Entkommen zu tun hatte, war, an Eva zu telegraphieren. Ich muß sie gegen diesen verdammten Kerl der Galuntenbande warnen, dachte er, obwohl er wahrscheinlich gestern mit dem Nachzug abfuhr und jetzt schon dort ist. Er bedachte sich, wie er das Telegramm abzufassen hätte. Von den Wahlzettel durfte nichts darin vorkommen für den Fall, daß seine Freunde die Depesche abfangen würden. Vermutlich würde der Mann Eva zu überreden versuchen, daß Peter ihn nach den Papieren geschickt habe, und dagegen mußte er ihr eine Warnung zukommen lassen.

Da er kein Papier hatte, zog er eine Pfundnote aus der Kravatte und schrieb darauf das Telegramm nieder nachdem er endlich die richtigen Worte gefunden zu haben glaubte. Dann steckte er es mit dem Bleistift in die Tasche und fühlte sich jetzt zur Flucht fertig.

Erst kam noch Robinson, um abzuräumen. Peter löschte ihn zu.

„Nun, mein lieber Freund“, rief er scherzend, „haben Sie Ihre Stimme wiedergefunden?“ bekam aber wie gewöhnlich keine Antwort.

Er sah auf die Uhr. Elf Uhr. Für mindestens zwei Stunden hatte er sich noch still zu halten. So schürte er das Feuer an und machte es sich in seinem Bekintuhl bequem. Die Geräusche im Hause erstarben allmählich, bis endlich gänzliche Stille eintrat.

Er mußte eingeschlafen sein und erwachte mit einem Ruck. Dann erinnerte er sich, wo er sich befand und daß er nun seine Flucht zu beschleunigen hatte. Die Luft um Kamin gestaute ihm, auf die Uhr zu sehen. Es war halb zwei Uhr. Er erhob sich schnell und tastete sich zum Fenster hin. Seine Erregung stieg, während er an den Schrauben mit den Fingern drehte. Sie gingen ganz leicht heraus. Aber die Eisenstange wurde noch durch die neuen Schrauben am anderen Ende festgehalten. Peter packte sie und drehte mit ihr den einen Teil des Ladens in das Zimmer hinein. Der andere ließ sich jetzt ohne Schwierigkeit zurückschlagen.

Eine Sekunde lang sah er in die schwarze Nacht und in die Freiheit hinaus. Dann schob er den Kiebel des Schiebefensters zurück und stieß es leicht nach oben. Es gab noch und floh mit einem schrillen Laut hinauf, der Peters Herz zu Eis erstarren ließ. Es war ihm, als hätte dieser Lärm genügt, die ganze Welt aufzuwecken.

Schnell lehnte er sich aus dem Fenster, um nach dem besten Weg zur Flucht zu suchen. Zu seiner Enttäuschung war unter ihm weder ein Balkon noch ein Borddach, wie er gehofft hatte. Nur der Boden, den er zwei Stockwerke tiefer undeutlich unter sich sah. Augenblicklich befand er sich im obersten Stock eines niedrigen Hauses, dann dicht ober sich vermochte er die sich vom Himmel schwarz abhebende Linie der Dachrinne zu erkennen.

Aus dem Hause drang ein Geräusch zu ihm. Verzweifelt lehnte er sich über das Sims hinaus und tastete mit seinen Händen die Zweige einer Magnolie ab, die an der Mauer hinaufwuchs. Der erste Zweig brach ab, ebenso der zweite, noch dem er griff. Der Versuch wäre Bahnsinn gewesen, hier hinaufzuklettern. Höchstens ein gebrochenes Bein wäre die Folge gewesen, und damit die endgültige Aufgabe jeder Fluchtmöglichkeit.

Das Geräusch im Hause näherte sich. Er blickte aufs neue zur Dachrinne hinauf. Sollte er sich an ihr entlanganteln in der Hoffnung, irgendwo ein offenes Fenster oder ein Dach zu finden? Eben schickte er sich dazu an, als ihm schnell näherkommende Schritte anzeigten, daß es zu spät war.

In dem unwillkürlichen Instinkt sich zu verbergen, ließ er das Fensterhaken los und schloß sie in das Vordzimmer. Er war noch kaum drinnen, als die Tür seines Wohnzimmers aufgerissen wurde und eine Flut von Licht durch den ganzen Raum strömte.

(Fortsetzung folgt.)

Vor dem Russengebetstag

Von unserem besonderen römischen Mitarbeiter.

Der 19. März, der Tag des hl. Joseph, des Schutzpatrons der Familie, erhält in diesem Jahr sein besonderes ernstes Gepräge durch die vom St. Vater angeordnete Fürbitte und Aufopferung für die in Rußland verfolgten Christen. Es ist kein Zufall, daß gerade dieser Festtag dazu ausersehen wurde; denn die russische Christenverfolgung ist in ihrem Kern und in ihrer entgegengesetzten Wirkung eine solche der christlichen Familie und damit der Familie überhaupt. So liegt dieser Gebetstag durchaus auf der von Pius XI. klar und konsequent befolgten Linie; es ist eine Tat der katholischen Aktion und nicht ein weltlich-politischer Schachzug, wozu leider nicht nur die Sowjetpropagandisten sie umfälschen wollen.

Darum die Abschaffung des Sonntags, der, je mehr die verängstigten Christen nicht mehr die Gotteshäuser aufsuchen wagten, der Feiertag der Familie wurde; darum auch vor allem der Kampf gegen das Weihnachtsfest, das wie kein anderes ein solches der Familie ist. Es sollen in den Sinesen nicht mehr jene feinsten Empfindungen aufkeimen und Wurzel fassen, die später im Leben, wenn auch noch soviel Gottlosigkeit darüber hingeh, immer wieder durchbrechen könnten, wie Geheiß es erschütternd seinem Faust im Ostermonolog in den Mund legt.

Wenn es von den Sowjetfreunden so hingestellt wird, als ob die Nachrichten über die Zustände in Rußland maßlos übertrieben, teilweise direkt erfunden seien, so kann das auf alle Fälle nicht für die dem päpstlichen Schritt zugrundeliegenden Tatsachen in Frage kommen. Der Vortrag, den der beste römische Kenner der russischen Verhältnisse, Bischof d'Herbigny, dieser Tage in der Sala S. Romorini hielt, war ein überzeugender Beweis dafür. Die Anwesenheit mehrerer Kardinalen, zahlreicher Vertreter des Diplomatischen Corps beim Vatikan und Orientalen, dieser Wissenschaftler und Jesuiten aus aller Welt gab dem Vortrag auch noch einen das nötige Gewicht.

Bischof d'Herbigny berief sich keineswegs auf geheimnisvolle, unkontrollierbare Quellen, sondern er bot ein Bild der Zustände auf Grund der amtlichen russischen Anordnungen, der russischen Zeitchriften und Zeitungen. Terror oder Anstandigkeit, aller Begriffe von Treu und Glauben, Aufhebung der Tugenden gegen die Alten, der Kinder gegen die Eltern, so sieht die Fremdwelt aus, mit der nach einer angeblichen Neuherstellung des Metropolitens Sergius die Gläubigen selber die Schlichtung ihrer Kirchen verlangen.

Welche Noheit doch, wenn unter einer erdrückenden Fülle anderer Beispiele ein Schuldirektor berichtet, wie er die Kinder selber ihre Laufschuhe habe von der Brust reißen und zerstören lassen!

Was aber in Rom fast noch bedenklicher macht und trauriger stimmt, ist die moralische oder mindestens indirekte Unterstützung, die dieser Kampf gegen das Christentum in atheistisch beeinflussten bürgerlichen Kreisen vieler Länder, namentlich derjenigen des Nordens findet, wo man den päpstlichen Schritt zugleich aus konfessioneller Enge ablehnt. Wenn diese Wirkung auch nicht gänzlich unerwartet kommen konnte, so zeigt sie einerseits doch, wie fortgeschritten die Zersetzung bereits Mak gegriffen hat, andererseits, welche hohe Verantwortung heute und künftig auf allen Katholiken der Erde ruht. So brachte das weitverbreitete, liberale Kopenhagener Blatt „Politiken“ es fertig, am Sonntag nach dem Papstbrief eine doppelte farbige illustrierte Darstellung des Kampfes gegen die Kirche zu bringen, die an der Hand russischer Skizzen direkt als Verteidigung und Empfehlung des Vorgehens wirken mußte. Da sieht man, wie in einer Stunde, durch deren Fenster der Blick auf eine läutende Kirchenglocke fällt, Vater und Kinder die Mutter vom Sonntagsgottesdienst zurückhalten, Frauen tanzen auf einer Wiese mit ihren Kindern vor einer verlassenen Kirche und ähnliches. Und dazu wird gesagt: „Über die künstlerische Seite der Sache sollte man sich nicht einlassen können. Selbst die stärksten Zeichnungen haben künstlerische Berechtigung, so erfüllt von Frische und Natürlichkeit, wie sie es sind...“ Es ist wert zu beachten, wie diese Russen das Weib aufpassen. Es wird immer als die gesunde frische Mutter, etwas grobnochig, dargestellt.

Das schreibt ein bürgerliches Blatt des Nordens, vielleicht das größte, sicher das bekannteste und einflussreichste. Und jetzt kommt aus demselben Kopenhagen die Nachricht, daß fast eine Woche hindurch täglich Vorträge von Ludwig Reun und dem Chefredakteur Dr. Baron vom „Neuen Rußland“ in Berlin über das angeblich wahre sowjetrussische Gesicht gehalten werden, denen keineswegs nur bekannte Kommunisten, sondern gerade auch bürgerliche Elemente tosenden Beifall für die „Aufklärungen“ zollten. Auf die Tendenz derselben braucht hier nicht eingegangen zu werden. Sie ist bekannt: Die jetzt von der russischen Kultur gelegenen Arbeiter und Bauern haben genug an irdischer Lebensfreude; sie brauchen sich nicht mehr auf den Himmel verstreuen zu lassen. Natürlich wird Metropolit Sergius als Kronzeuge angerufen. Sollen die Russen dabei bleiben, sich seiner Erklärungen zu bedienen, so müßte gefordert werden, daß sie einer kirchlichen Studienkommission verschiedener Konfessionen, wie es schon vorgeschlagen wurde, objektive Unterstützung erteilten.

Aber der Vortrag von Bischof d'Herbigny an der Hand des authentischen Sowjetmaterials beweist, daß es dessen zu einer Rechtfertigung des Papstschrittes und des bevorstehenden Sühnetages am 19. März nicht bedarf. Dagegen ist die zweideutige Haltung vieler atheistisch beeinflusster Bürgerfreunde ringsum in der Welt ein sehr ernstes Zeichen der Zeit! Die Fürbitte wird sich nicht zum wenigsten darauf erstrecken müssen, daß das Feuer nicht weiter um sich fressen möge!

Aus den verschiedenen Diözesen Italiens kommt die Nachricht, daß auf Anordnung der Bischöfe die Kirchenglocken läuten sollen in der Stunde, da der Papst die heilige Messe am Aposteltag feiert. Mehrere große Pilgerzüge sind für diesen Tag in Rom angekündigt, und entsprechend dem Wunsche des heiligen Vaters werden sicherlich auch sonst alle Katholiken ihre Gebete mit denen des Papstes vereinigen.

Baden

Vom Vorstand der Zentrumskraktion des Badischen Landtags

geht uns folgendes Schreiben zu:

In Nr. 119 der „Badischen Presse“ (Stimmungs- bild) wird ein „Fall Bauer — Dr. Föhr“ konstatiert, der in

verschiedenen Punkten der Richtigstellung bedarf. Die Kraktion wird nach Rückkehr des Herrn Abg. Dr. Föhr aus Berlin zu diesem Fall sachlich Stellung nehmen.

Von katholischen Anstalten

Die Auseinandersetzungen über die katholischen und evangelischen Erziehungsanstalten mehren sich. Eben erst erreichte ein Bericht des Stuttgarter städtischen Erziehungsleiters Dr. Scholl, der den größeren Teil der 76 privaten Erziehungsanstalten im Lande besuchte, Aufsehen. Dieser Bericht baute sich nämlich auf die beobachtenden augenblicklichen Zustände auf und ließ die Schwierigkeiten der Anstaltsziehung völlig außer acht. Der Anlaß zur Kritik wurde von der sog. Presse Württembergs nach Kräften ausgenützt. Der Bericht erfuhr denn auch in der Sitzung des Stuttgarter städtischen Jugendamtes vom 21. Februar und in der Presse entsprechende Korrekturen, auch seitens des Regierungsverwalters. Das meiste der Beanstandungen ist, wie Regierungsrat Löblich betonte, überhaupt schon beseitigt. Für die katholischen Anstaltschulen betonte Direktor Traa-Schelling u. a., daß die Befunde der städtischen Bezirksämter durchaus günstig lauten. Selbst die sozialdemokratische Presse mußte anerkennen, daß in den katholischen Anstalten kein rückwärtsgerichtetes Geistes herrscht.

Von sozialistischer Seite wurde das Alibi auch in dieser Sitzung natürlich in einer „auf moderner pädagogischer Grundlage aufgebauten staatlichen Anstalt“ erblickt. Staat und Gemeinden solle jede Art von Fürsorgeerziehung übernehmen. „Kommunalisierung des Gesundheitswesens“ insgesamt wurde auf der Ulmer Tagung des frei organisierten Krankenpflegepersonals vom 27. Oktober 1929 gefordert; dazu Überführung des Pflegepersonals ohne jede Beschränkung ins Beamtenverhältnis. Als ob Staat und Gemeinde nicht genug Aufgaben hätten, die Steuern und Abgaben nicht an sich schon hoch genug, die Zahl der Beamten nicht groß genug wäre. Die Übernahme der Stuttgarter katholischen und evangelischen Kleinkinderanstalten seitens der Stadt forderte der ev. Gemeinderat C. Schmedenburger in der „Schwöb. Tagwacht“ Nr. 1 vom 2. Januar 1930. Natürlich würde man auf diese Art starke katholische Lebensströme treffen und sich bisher mehr oder weniger verschlossene Einfuhrgebiete sichern.

Die 6. Konferenz der Reichssektion Gesundheitswesen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Halle vom 22. bis 24. August 1929 forderte indessen nicht unsonst, daß „alle nicht in öffentlicher Hand befindlichen privaten Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten vom Reich, den Ländern und Gemeinden zu übernehmen sind“. Nun verstehen wir den sozialistischen Heißhunger besser; nun versteht man auch den Kampf der württembergischen und bayerischen Sozialdemokratie — letztere bei Beratung des bayerischen Fürsorgegesetzes im vorigen Monate — um Zurückdrängung des Einflusses der Geistlichkeit in der öffentlichen Armenfürsorge. Dabei machte Landesrat Niediger für Weiskalen die bemerkenswerte Feststellung, daß durchschnittlich von öffentlichen Mitteln eine Ordensschwester 336 Mk., eine weltliche Kraft aber 2274 Mk.

erfordert. Selbstredend soll das weltliche Krankenpersonal entsprechend besoldet und versorgt werden, aber es darf kein Monopol für das weltliche Pflegepersonal geschaffen werden.

Eine der wichtigsten Anstalten auf ihrem Gebiet im Bereich der Diözese Rottenburg beklagt das geringe Interesse weiter katholischer Kreise an unseren katholischen Anstalten! Dabei geht es nicht allein um diese; es geht um das christliche Prinzip überhaupt! Nur der religiöse Fürsorgegedanke fordert den Einsatz der ganzen Persönlichkeit um einer höheren Idee willen zugunsten des Mitmenschen in Leidensnot. Nehmen wir diesen Einsatz der Persönlichkeit aus der Fürsorge hinweg, dann haben wir ihr größtenteils ihre Seele genommen.“ (Abg. Dr. Scharnaal im Bayer. Landtagsauschuß vom 5. Februar 1930 bei Beratung des Bayer. Fürsorgegesetzes.) Daher wohl ein Ausbau unserer Anstalten, ein Mitderzeitgehen, aber keine Verweltlichung derselben gerade im Interesse der Jünglinge.

Wie es an den Krankenbetten ansah, ehe es Ordensschwester gab, ist in erschütternder Weise nachzulesen im Buche von Clemens Brentano: „Die Barmherzigen Schwestern“. Uebrigens wäre es von Interesse, auch die Kreise der Medizin zu hören über die Leistungen der Krankenschwestern und Anstalten auf Grund von deren „inneren absoluten Bindungen“, um ein Wort der Tübinger Autorität auf dem Gebiet der Inneren Medizin, Otfried Müller, zu gebrauchen.

Hitler, Juden und Amerikaner

Wir finden in der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 166/168 vom 4. März 1930) folgende hübsche „Bemerkung“:

„Der Jungdeutsche“ hat die sensationelle Entdeckung gemacht, daß Hitler kein Antisemit mehr sei. Als Beweisstück bringt er eine Unterredung mit Adolf Hitler, die der amerikanische Journalist Karl von Wiegand am 5. Januar d. J. in den Searsblättern veröffentlicht hat. Der Führer der Saksenkreuzler soll da u. a. gesagt haben:

„Ich bin nicht dafür, daß die Rechte der Juden in Deutschland beschnitten werden aber ich dränge darauf, daß wir ändern, die wir keine Juden sind, nicht weniger Rechte haben als die Juden selbst.“

Nun, das ist offenbar eine bewußt zweideutige Formulierung, deren Zweck auf der Hand liegt. In dem Münchner Hitler-Prozess Anfang Februar kam ja mehrfach zur Sprache, daß für nationalsozialistische Zwecke auch in Amerika Geld gesammelt wurde. Das soll jetzt vermutlich fortgesetzt werden, und so wird für amerikanische Propaganda die Saksenkreuznadel vorzüglich unter den Rodauschlag gesteckt. Wenn Eugen Berg, um Geschäftspfeifen zu sparen, Direktor einer Tiergarten-Synagoge G. m. b. H. geworden ist, glaubt Hitler, überm Atlantik auch ein philoantisemitisches Lächeln aufsetzen zu dürfen, um — na sagen wir's offen — das Geschäft nicht zu fördern. Deshalb tut man dann auch aber im „Führer“ und anderwärts so puritanisch?

Wochenplauderei

Der Parlamentsfilm — Nacht über Rußland — Lorazogenesit — Das tönende Weltgewissen

Triumph der Kirche

Volkssouveränität scheint langsam zu heißen. Souveränität der materiellen Interessen. Dieser Parlamentsfilm, der uns nun wochenlang nichts als Markten und Heischen um Steuern und Notopfer vorführt, flimmernde Zahlen und schimmernde Scheingrößen, ist wirklich nicht mehr zu ertragen. Vor einigen Monaten hieß es noch, und alle Kundfänger haben es durch das Land gerufen, es sei mindestens Vaterlandsverrat, wenn man nicht für den Youngplan schwärme. Heute berichtet die Zeitungen, daß die Annahme dieses Planes nicht einmal unter den Volksvertretern gelehrt sei. Sein Haupturheber und Mitarbeiter bei uns, Dr. Schacht, ist zurückgetreten. Was soll man nun von dem ganzen Ereignisabbat noch denken? Soll man die Anklage, die damals unsere höchsten Stellen gegen die Zweifel im Volk gerichtet haben, auf sie selber zurückverwerfen? Es ist nicht die Schuld des deutschen Volkes allein. Einer der Abgeordneten, der über die Konfiskation deutschen Vermögens durch England sprach, brauchte den Ausdruck, es sei glatter Haub, was da an uns verübt werde. Niemand hat widersprochen können, und das ist also das wahre Gesicht, das hinter der Maske des Lorazogenesites gesteckt hat. Die Regierungen des Weltalters der Humanität nennen sich gegenseitig Räuber und Banditen, es ist nicht Zeit, an die Grundlagen dieser Humanität und dieser Regierungsweisheit zu denken?

Man hätte schon darum Veranlassung dazu, weil die Vorgänge in Rußland immer bedrohlicher werden. Es ist jetzt im Sibirienverlag zu Köln eine kleine illustrierte Broschüre erschienen, die das ganze Material einprägsam darlegt, „Nacht über Rußland“. Kein Geringerer als Dr. Proberger und mit ihm der Pfarrer Borghoff, ist der Verfasser des Textes. Das Büchlein muß in Massen ins Volk. Vor allem aber sollte es jene Gebildeten aufklären, die noch immer glauben, jener Bolschewismus, über den sie so herrliche soziologische Gespräche führen lassen, sei ein harmloses Ding. Wahr dieser Mangel an Bildung gerade bei den Gebildeten? Wahrheitsgemäß aus einer gewissen Presse, die ähnlich wie bei Mexiko, die russischen Grenzland als Legenden bezeichnet. Insofern diese Presse der Ausdruck des europäischen Gewissens ist, zeigt sie einen Tiefstand der Moral, der nicht mehr überboten werden kann. Keine Stimme erhebt sich in diesen Kreisen, die den Untergang der christlichen Kultur in einem großen Teile Europas beklagt. Man hat anderes zu tun. Man hat Haubzüge gegen fremdes Eigentum zu unternehmen. Man ist „geschäftlich“ verhindert. Ein paar sendelnde Artikel, die man halt schreiben muß, weil man doch die Wahrheit nicht ganz unterdrücken kann, das ist alles, was da an Protest lebendig wird. Haben wir je etwa von unterm Auswärtigen Amt eine Stimme gehört, die im Falle Mexiko, wie jetzt im Falle Rußland, die Erhaltung der christlichen Kultur als ein Hauptziel der deutschen Politik bezeichnet hätte? Kogendiale sind uns von dort hinreichend perfündet worden, und dem Geist von Locarno hat man Weibrauch dargebracht, daß ganz Europa davon benebelt war. Aber die Millionen im deutschen Volk, denen das Christentum über alles geht, hat man behandelt, als wären sie gar nicht vorhanden und als wären ihre Ueberzeugungen ettel

Schall und Luft. Sind wir ein Volk, das dazu da ist, nach der kulturellen Pfeife eines Calles oder eines Stalin zu tanzen, oder aber wollen wir ein christliches Volk sein? Und wenn man schon in nationalen Reden Deutschum und Christentum als untrennbar von einander bezeichnet, wie kommen wir dazu, in Situationen, wie sie jetzt vorliegen, uns von der Loge kommandieren zu lassen? Man kann ganz gut auch mit Rußland Verträge haben, aber man kann keinen Paragraphen darin dulden, der uns zu Verbeugungen vor dem antichristlichen Geist zwingt, der bis Juli 1930 in Rußland auch die letzte christliche Kirche schließen will.

Ein Gutes hat die russische Verfolgung uns gebracht, nämlich eine Annäherung der Religionsgemeinschaften. Nicht nur der Papst, auch die englische Kirche, auch die deutschen Protestanten haben protestiert, und so ist heute die Kirche recht eigentlich der Hort der europäischen Zivilisation. Sie allein ist der Ansicht, daß die Menschenwürde über alle Politik geht. Sie allein verurteilt die Barbarei blutiger Verfolgungen des Gewissens wegen. Alle andern Mächte haben sich dem Mammon verkauft und schweigen über das Blut und über die Tränen unschuldiger Geopferter, überhören den Schrei der verzweifenden Verurteilten, der Waisen und Kinder. Die dreißig Silberlinge sind ihnen auch heute noch wichtiger, als der Erlöser der Welt. Das ist die Signatur der europäischen Politik dieser Stunde. Jetzt werden weite Kreise des Volkes, die vielleicht an der Kirche irre geworden waren, es mit Händen greifen, daß das Christentum nicht verläßt. In Massen hat es Märtyrer in Mexiko wie in Rußland hervorgebracht. Aller Welt schleudert der wehrlose Völkerhirt in Rom seinen Protest ins Gesicht. Der Priester steht neben der verfolgten Unschuld, neben dem geschändeten Gewissen, neben den zerstörten Kirchen, neben der bergewaltigen Menschheit, das große tönende Weltgewissen aber schweigt indessen und zählt seine dreißig Silberlinge.

Ja, warum reden heute denn nicht jene Leute, die sonst so laut sind in ihren Klagen wider das durch die Kirche vergebaltigte Gewissen? Warum schweigen sie, die im Namen dieses Gewissens die christliche Ehe und die christliche Säule und den ganzen Geist des Christentums dauernd zum Ziel ihrer Angriffe machen? Heute wird es offenbar, daß diese Freiheit von der Moral im Grunde nichts anderes ist als die Freiheit des bolschewistischen Senters. Die gleichen Leute, die sich über die russischen Barbaren ausschweigen, reden dauernd von der Barbarei der Kirche und des Christentums. So dumm sind wir doch nicht, um das endlich zu verstehen. Tiefend von Menschenliebe, ganz hingegeben den Werken der öffentlichen Fürsorge, fühlen diese Helben der Humanität nicht einmal ein menschliches Mühren, wenn ein ganzes Volk, wie jetzt in Rußland, in der schamhaftesten Weise in den Abgrund hineinregiert wird. Ein Sprüchlein fand ich, das geschrieben steht vor dem Lehrerseminar im oldenburgischen Städtchen Rechts, das lautet: „Alle Einsicht ist begrenzt, grenzenlos allein ist die Dummheit...“ Das gehört denen ins Stammbuch, die heute noch nicht wissen, wo die Güter der europäischen Kultur sind und wo nicht.

Badischer Landtag

Die Not der Landwirtschaft

Sitzungsbericht

Karlsruhe, 14. März.

Gegen 9 Uhr eröffnet Präsident Dr. Baumgartner die Sitzung, in der die Debatte über die

Not der Landwirtschaft.

im Anschluß an den Landwirtschaftsbericht fortgesetzt wird.

Als erster Redner spricht Abg. Bod (Komm.), der die Mittel der Fälle als Gesundheitsrezept für die Landwirtschaft ablehnt. Die Not der Landwirtschaft komme von der geschwächten Kaufkraft der arbeitslosen Schichten Europas. Die deutsche Landwirtschaft könne die Nahrungsfrage für das deutsche Volk nicht allein lösen. Die Nationalsozialisten wollten nur die großen Bauern erhalten. Die Denkschrift über die Verschuldung sei unzulänglich.

Minister des Innern Wittmann

dankt zunächst den Berichterstatter Reinhold und Schill für ihre gediegene Arbeit. Die Landwirtschaft sei der Nährboden und verdiane die allergrößte Beachtung, der mehr als ein Viertel der Bevölkerung umfasse und für rund 13 Milliarden Produkte erzeugt. Die Landwirtschaft sei Hauptproduzent und Hauptkonsument, das bedeute eine innige Verschmelzung der Bauern mit allen anderen Ständen, so daß man davon sprechen könne, daß Bauernnot Landnot sei. Wenn die Landwirtschaft auch nur 15 Prozent an Produktivität einbüße, würde ein weiteres Defizit in der Handelsbilanz 3 Milliarden betragen. Die Größe der Not fordere größte Anstrengung. Die Stellung der Bauern in Arbeitsbauern und Herrenbauern sei doch für Baden nicht zutreffend. Die Stammgüter müßten mehr und mehr Boden abstoßen, doch müsse auch darauf hingewiesen werden, daß eine allzu große Aufteilung die Produktionsfähigkeit einschränke. Der Hauptangelpunkt für die Abhilfe liege doch in Berlin, daneben läge das Land und die Gemeinde nur sekundär in Betracht. Die Regierung wüßte nichts schneller als die Möglichkeit der Offenlegung der Steuern. Die Gestaltung der Pöle sei doch zum Teil Schicksal der Landwirtschaft. Die letzte Vollversammlung sei sogar von den Nationalsozialisten anerkannt worden. Ein Sofortprogramm könne schon einige Abhilfe schaffen. Die Hauptabhilfe müsse auf dem Boden der Darlehensgewährung und der Zinsverbilligung kommen eben doch wieder von Berlin, daneben komme die Bundeshilfe nur sekundär in Betracht. Die Hilfsaktion der Landwirtschaft sei nur spärlich von der Landwirtschaft selbst in Anspruch genommen worden. Das bestätige die Auffassung, daß Bildungsnot Bauernnot sei.

Es fehle die Beweglichkeit, um von dem gebotenen Mittel rechtzeitigen Gebrauch zu machen.

Die Selbsthilfe, die die Kommunisten ablehnten, sei doch eines der wichtigsten Mittel zur Rettung. Hier könne dann der Staat bei der Technisierung, Schulung, Organisation usw. wesentliche Beiträge leisten. Ein Instrument der Selbsthilfe sei der nun endlich zusammengekommene Einzelverband der badischen Genossenschaften, der noch im Endstadium der Konstruktion sich befinde. Die Landwirtschaft dürfe sich ja keinem Reformismus hingeben. Die Siedlung komme für Baden kaum in Betracht, deshalb sei auch ein geringer Betrag eingelegt, aber dieser Betrag sei eben nur Beihilfe zur Zinsverbilligung. Trotz dem Zug der auswandernden Bauern nach Liebersee sei doch die Anziehung von 7 badischen Kolonien im Osten des Reiches gelungen, um deren Schicksal sich die badische Regierung noch kümmern müsse. Die Anstellungsmöglichkeit in Steiermark sei durch gute Vorbedingungen geradezu eine glückliche zu nennen und bedeute zu gleicher Zeit eine nationale Arbeit im Sinne des Kampfes gegen die Verflattung. Das Verhältnis zwischen Landwirtschaftskammer und Regierung sei ein durchaus gutes, obwohl er selbst als Rechnungshofspräsident manchmal ein scharfer Kontrolleur der Finanzgebarung der Badischen Landwirtschaftskammer gewesen sei. Der für die Landwirtschaftskammer eingelegte Betrag von 30000 Mark sei ein Ausfluß der Not der Staatsfinanzen, wobei aber doch noch erwogen werden müsse, daß die Regierung ihre Landökonomie der Landwirtschaftskammer vielfach zur Verfügung stelle. Die Regierung lehne es ab, bei dem großen Arbeitskreis der Kammer ihr die ganze Fürsorge für die Landwirtschaft zuzumeilen. Die Stellung der Regierung sei noch dieselbe wie im Jahre 1922. Eine Erparnis und eine Vereinfachung wäre damit nicht verbunden. Staat und Kammer hätten im Interesse der Landwirtschaft segensreich zusammengearbeitet. Die sachliche Weiterbildung des Bauern nachwuchses sei eine dringende Forderung der Stunde. Der Landwirt habe eine gleiche Ausbildung anzusprechen, wie der Handwerker und Kaufmann. Die Schulung müsse den Bauern zum Beistehen des Existenzkampfes befähigen. Die Bauernfortbildungsschule in Weilheim a. d. Teck gebe manche Anregungen. Die Finanzfrage dürfe nicht allein ausschlaggebend sein, denn auch die Ausgaben für Schulen, Forschungsinstitute, Lehrgüter usw. seien doch im höchsten Sinne produktiv. Sparfamelei müsse naturgemäß überall walten. Von der Berliner „Grünen Woche“ seien beherzigenswerte Anregungen zu übernehmen. Baden dürfe gegen Preußen, in dem tatkräftig gearbeitet werde, nicht zurückbleiben. Der inländische Landbau sei der kräftigsten Förderung wert. Das Ziel der Agrarpolitik müsse die Selbstversorgung des deutschen Volkes sein. Die Eisenbahntarife müßten nicht nur für Industrie, sondern auch für Landwirtschaft Sondertarife bringen.

Für die Meliorierung des Bodens lege sich die Regierung immer ein. Durch die Weinbauinstitute in Freiburg, Durlach und Landau verfolge man, den badischen Weinbau zu fördern. Die jetzt vorhandenen Amerikanerweiden dürften weiter bestehen, wenn aber die Reblaus komme, müßten auch sie geräumt werden. Ein Weiterbau der Amerikanerweiden würde die Qualität des deutschen Weines nicht fördern und verleben. Es werde zunächst der Versuch verboten und später der Verkauf, während Amerikanerweiden als Hausstrunk durchaus gestattet sei. Mit Württemberg sei ein Einvernehmen über „Leben und Bebenlassens“ in der Milchfrage getroffen worden. Das Verbot der Einfuhr von Schweizer Milch sei aus handelspolitischen Gründen unmöglich. Das neue Milchgesetz bringe aber die Möglichkeit, nur pasteurisierte Milch nach Baden hereinzulassen. Das deutsche Publikum könnte durch Steigerung des Milchverbrauchs die Landwirtschaft wesentlich unterstützen. Im Ausland sei der Milchverbrauch wesentlich größer. Eine Erhöhung des Milchverbrauchs auf Kosten des Alkoholkonsums wäre durchaus zu begrüßen. Die Regierung müsse die wegen der angeblichen mangelnden Fürsorge für die Viehzucht gemachten Vorwürfe zurückweisen. Eine Position für die große landwirtschaftliche Ausstellung in Mannheim 1932 wäre wegen der Bedeutung dieser Ausstellung durchaus akzeptabel. Die staatliche Viehvericherung biete viel mehr als die Ortsversicherung. Der Staat könne unmöglich auf die Erträge der Bodensteuer und des Anteils an der Kennzeichnung verzichten.

Der Minister geht nochmals auf die großen Bemühungen der Regierung zur Unterstützung der badischen Landbauern ein. Die Vorwürfe des Abg. Bod gegen die Denkschrift der Regierung müßten zurückgewiesen werden. Die Abhilfemaßnahmen anzugeben sei nicht Sache des Statistischen Amtes und der Denkschrift. Die andere Denkschrift über die Besitzverhältnisse sei wenig erwähnt worden, da seien aber Abhilfemaßnahmen insbesondere auf dem Gebiet des Erbrechts enthalten. Mit einer norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft sei der Abschluß eines Rückversicherungsvertrags in Aussicht genommen. Der nat.-soz. Abg. Roth habe seine alte Walze wieder heruntergeleiert, die er sonst in Volksersammlungen abspielen lasse, nur ein Ausdruck „Hoppa, Poppla“ sei nicht vorgekommen, da habe anscheinend ein Zahn an der Walze gefehlt. (Beifall heitert auf!) Die Rede sei verheißend und verlegend gewesen angesichts der vielfachen Anstrengungen der Regierung zur Hebung der Not der Landwirtschaft. (Stürmische Zustimmung auf allen Seiten!) Die armen Zuhörer in den nat.-soz. Versammlungen seien ob der dürftigen geistigen Kost zu bebauern. (Beif. Beifall!) Persönlich könnte man über die ungeschicklichen und verlegenden Vorwürfe hinweggehen, aber man habe Pflichten der Abwehr dem Staat gegenüber zu erfüllen. Es gebe Opposition und Apposition. Der Demokrat Hügle und der Deutschnationale Dr. Schmittner hätten nicht verlegend gesprochen, die ungeschickliche Hege der Nationalsozialisten müßte aber zurückgewiesen werden. (Stürmische Zustimmung des Hauses!) Das Volk könne zur Regierung das Vertrauen haben, daß alles getan werde, um die Bauernnot, die Reichsnot sei, zu beheben. (Beif. Beifall im Zentrum.)

Nach sachlichen Ausführungen über den Stand der badischen Viehzucht und den Stand der Verhandlungen über den Abschluß eines Hagelversicherungsvertrags verlinde der Präsident einige neu eingekommene Anträge.

Abg. Engelhardt (Str.) weist darauf hin, daß die Landwirtschaftskrisis eine internationale Erscheinung sei, die ihre Ursache in der Preisfrage und im Steuerdruck hätte. Die Widerstandskraft der bäuerlichen Bevölkerung in der Erhaltung des häuslichen Herdes sei geradezu zu bewundern. Es sei die Treue zur heimatischen Scholle. Die Lage sei jedoch nicht hoffnungslos, wenn sie hoffnungslos wäre, würde das ganze Volk in den Strudel hineingerissen. Um die Einfuhr ausländischer Produkte abzuwehren, sei Umleitung der inländischen Landwirtschaft erforderlich. Diese Probleme könnten nicht von heute auf morgen gelöst werden. Es sei anzuerkennen, daß trotz der Finanznot noch die Fortschrittsbewegung beachtet worden seien. Besonders sei für den Weinbau die Dotierung des Freiburger Weinbauforschungsanstalts zu begrüßen. Dieses Institut sei ungenügend wertvoll für den badischen Weinbau. Der deutsche Weinbaukongress in Offenburg habe wesentliche Anregungen über modernen Weinbau und Weinbehandlung gegeben. Leider habe der starke Frost im Jahre 1928/29 große Beschädigungen an den Rebstöcken verursacht, zum Teil bis zu 70 Proz. des Bestandes. Die Reichs- und Staatsunterstützung zur Beschaffung von Wurzelreben sei anzuerkennen. Die Unrentabilität habe wieder zu einem Rückgang der Rebfläche geführt. Der Konsum des badischen Edelweins lasse leider zu wünschen übrig, weil das Geld in der Verbraucherhand sei und viel zu viel verschmittet werde. Die Winterarbeit sei eine schwere Arbeit, der Winzer habe nie vorzitiert und lasse sich nicht abschrecken, aber der Winzer mache auch Anspruch auf die Unterstützung des Staates. Reichsmittel zur Unterstützung schwer betroffener Winzer und zum Ausbau der Genossenschaftsstellen müßten flüssig gemacht werden. Eine sofortige Ausmerzung der Amerikanerweiden wäre untragbar. Die beiden Organisationen müßten zusammenarbeiten. Redner brach noch eine Lanze für den badischen Weinbau. Man müsse auf dem realen Boden stehen und einzig sein. Kleine Parteien hätten keinen Wert. Selbsthilfe und Staatshilfe müßten zusammenkommen, um den Berufsstand und das Volk zu retten.

Abg. Kurz (Soz.) beschäftigt sich mit der Denkschrift der Regierung und anerkennt die Not der Landwirtschaft, weist aber darauf hin, daß wenn man eine Statistik über die Lage der Landwirtschaft aufmache, man noch ganz andere Erfahrungen machen würde. Keine Regierung könne einseitig landwirtschaftliche Ziele beschließen. Handelsverträge befänden auf Gegenseitigkeit. Nur durch eine obligatorische Hagelversicherung könne man den Bauern wirklich helfen. Redner weist noch auf die segensreiche Tätigkeit der landwirtschaftlichen Schulen hin.

Abg. Kraft (Nat.-Soz.) verurteilt eine persönliche Erklärung abzugeben und zieht sich wegen Beleidigung und Kritik an der Amtsführung des Präsidenten zwei Ordnungsrufe zu.

Schluß 1 Uhr. Fortsetzung 4 1/2 Uhr.

Nachmittags-sitzung

Kurz nach 4 1/2 Uhr beginnt die Nachmittags-sitzung, in der die Behandlung des Kapitels

Landwirtschaft und Ernährung

fortgesetzt wird.

Abg. Brigner (Ld.) dankt dem Minister für seine Tätigkeit im Interesse der Landwirtschaft. Auch die Flurbereinigung bringe Unzufriedenheit.

Abg. Marx (nat.-soz.) meint, wenn das Roggenbrot billiger sei, würde auch mehr gegessen. Die Lebenserhaltung der Land-

wirtschaft habe eine Senkung erfahren. Die Denkschrift sei trotz verschiedener Bemängelungen eine gute Arbeit. Redner begründet seinen Antrag. Die nationalsozialistische Kritik gelte nicht dem jetzigen Innenminister, sondern richte sich gegen den früheren Innenminister.

Abg. Schmidt-Bretten (Bauernpartei) weist auf die Gründe des Niedergangs der Bauernwirtschaft hin, der besonders auf den mangelnden Absatz der Produktion zu annehmbaren Preisen zurückzuführen sei. Der nationalsozialistische Antrag sei unbrauchbar. Die Nationalsozialisten hätten ja für das Gefrierfleischkontingent gestimmt.

Abg. Hügle (Dem.) betont, daß es ein Fehler gewesen sei, zu produzieren ohne auf den Absatz zu schauen.

Abg. Bod (Komm.) weist darauf hin, daß eben doch Interessen-gegenstände in der Landwirtschaft vorhanden seien.

Abg. Verggöy (En. Volksp.) wünscht Entgegenkommen für die Pflanzler von Amerikanerweiden. Von der Verbraucherhand verlangte er, daß sie deutsche Produkte bevorzuge.

Abg. Frau Richter (Dem.) empfiehlt den Antrag auf Zulassung der bäuerlichen weiblichen Jugend zu landwirtschaftlichen Winterkursen, dies sei ohne nennenswerte Unkosten möglich. Rednerin präferiert ihre Stellungnahme zum landwirtschaftlichen Schulwesen und empfiehlt die Errichtung einer Gärtnerhochschule.

Abg. Osterwald (Str.) unterstützt die Vorlegung seiner Fraktionsrede. Es wäre falsch, zu glauben, daß sich die überhöbige Viehdichte hätte zurückdrängen lassen. Sie werde ihrer hervorragenden Stellung zu behaupten wissen durch hochgezüchtete Rasse. Nur die relative Viehdichtungsprüfung werde zweckdienlich sein. Auf die Zulassung darf in ihrer Bedeutung nicht verkannt werden. Die Frage, ob wir viele Tiere des neuen Rostzieles haben, sei zu bejahen. Das Tuberkulosekontingentverbot habe sich segensreich ausgewirkt. Was die Regierung für die Viehdichte tue, verdiene Anerkennung. Das Augenmerk müsse man auf die Fohlenweiden in Einzel- und Kaskad anwenden. Ebenso möge die Regierung auch in Zukunft die Krämierung von Rindvieh und Pferden nachdrücklich fördern. Gerade in der Zeit sieht der Redner einen bedeutsamen Zweig der landwirtschaftlichen Tätigkeit.

Abg. Frau Fischer (Soz.) befragt ebenfalls eine gründliche Schul- und Fachbildung für die Bauernsöhne und -töchter.

Abg. Bauer (D. Vpt.) unterstützt die Bedeutung der Viehdichte und äußert seine Befriedigung, daß es gelungen ist, den Viehdichtungsstand in Baden, wo er besonders gelitten hat, wieder auf eine beachtliche Höhe zu bringen, dank der Bemühungen der Regierung.

Abg. Kohler (nat.-soz.) empfiehlt die Diktatur nach dem Muster Mussolinis, weil nur sie die Landwirtschaft retten könne.

Abg. Frau Siebert (Str.) unterstützt auch ihrerseits die Wichtigkeit einer gründlichen Vorbereitung der Bauernsöhne zum Hauskranzenbau. Was Einfuhr anbelangt, so ist Aufklärung auf beiden Seiten notwendig. Was die Nationalsozialisten betreffen, hat man schon längst in die Tat umgesetzt. Man habe schon seit Jahren eine eifrige Propaganda für die deutschen Produkte betrieben.

Abg. Dr. Baehlin (Dem.) unterstützt die Viehdichte aufs wärmste. Wir müssen soweit kommen, daß wir den Bedarf aus eigener Hand decken können.

Abg. Kisch (Str.) weist darauf hin, daß Maßnahmen getroffen werden müssen, um dem Bauernstand auszuweichen, sonst bricht er zusammen, so zeigt er das Fundament der ganzen Wirtschaft mit sich. Das Viehdichtungsproblem sei geeignet, vor besserer Schulung der Landwirte beizutragen. Dabei treten drei Gebiete in den Vordergrund: Sortenwahl, Düngung und Betriebskontrollen. Das bestehende Grünland müsse verbessert und neu geschaffen werden, um so die Grundlage einer gesunden Viehhaltung zu haben. Die Landflucht sei nicht nur vom materiellen, sondern namentlich auch vom kulturellen Standpunkt aus zu beklagen. Was der Abg. Dr. Kaufmann über das Zinsproblem sagte, fristet meine volle Zustimmung. Die Regierung möge alles tun, um die Bausparnisse zu bekämpfen. Ein großer Teil unserer Schuld an unserer Notlage trägt der Egoismus, der in unserem Volke siedet. Redner richtet an alle Parteien des Landtags die dringende Bitte, sich der notwendigen Landwirtschaft anzunehmen. Weiteranbergehen muß der Wahlkampf sein.

Abg. Heid (Soz.) befaßt sich mit der landwirtschaftl. Schulfrage und bemängelt, daß noch zu wenig Bauernsöhne die Winter-schulen besuchen.

Abg. Bauck (Str.) begründet einen Antrag betr. die Milchverwertungs-genossenschaft Oberkarlsruhe, worin die Regierung erlucht wird, den in Beiträgen geratenen Landwirten weitgehendste Unterstützung zu gewähren.

Abg. Sed (Str.) erhält das Wort zur Begründung eines Antrages, worin festgelegt wird, daß, soweit die bereitgestellten

Stimmungsbild

Die Behandlung des letzten großen Kapitels des Vorschlags vom Ministerium des Innern, nämlich Ernährung und Landwirtschaft, rief am zweiten Tag doch noch einige stürmische Szenen hervor. Der Kommunist Bod richtete einige scharfe Angriffe gegen die Politik der Reichsregierung und wies den alten liberalen Grundpfeiler des Freihandels — nämlich kein kommunistisches Prinzip — als Rettung für die Landwirtschaft an. Man hätte so gern von den Erfolgen der russischen Agrarpolitik gehört, von der russischen Kollektivwirtschaft vom Fünf-Jahresplan der Sowjets, von den Brot- und Fleischmarken in russischen Eldorado. Bod schwieg sich aber wohlweislich über den Zusammenbruch der russischen Ernährungswirtschaft aus. Der Minister des Innern betonte in seiner großen Landwirtschaftsrede die absolute Notwendigkeit des landwirtschaftlichen Schutzzolls und fand darin die lebhafteste Zustimmung des Hauses. Selbst der Sozialdemokrat Kurz sprach sich nach langem Zögern für einen gewissen Schutz aus. Man merkt, daß auch die Sozialdemokraten seit dem Jahre 1919, wo sie bei der Verfassungsberatung gegen den Artikel 164 — Schutz für Mittelstand und Landwirtschaft — gestimmt haben, allenthalben gelernt haben. Die Rede des Ministers ging bis in die einzelnen Details der landwirtschaftlichen Betriebsführung, ohne aber den großen Zusammenhang der Dinge außer Acht zu lassen. Jedem im Saale, mag er einer Partei angehören, welcher er will, war klar, als der Minister das Wort sprach, daß die Regierung alles tun müsse, um die Not der Landwirtschaft zu beheben, daß hier ein Mann sprach, der sachlich und sachlich die Garantie für das Einhalten des gegebenen Ministerworts bietet. Bemerkenswert war, daß der Minister selbst von der liberalen Opposition Dank und Vertrauen ausgesprochen bekam, daß sogar der Nationalsozialist Merk die nationalsozialistischen Angriffe nicht auf den Minister, sondern auf seinen Vorgänger bezogen wissen will. Im übrigen haben die Nationalsozialisten heute einen schwarzen Tag, der sich würdig in die anderen parlamentarischen Niederlagen anreicht. Zuerst ging der Minister selbst mit dem Abg. Roth ins Gericht, der statt einer Landwirt-

schaftsrede seine alte Verammlungswalze im Landtagsplenum abgeleiert hat. Unter schallender Beifall der Hausfrau sprach der Minister sein Bedauern und Mitgefühl für die Verammlungsteilnehmer nationalsozialistischer Versammlungen aus. Von dem doch sonst stark rechts eingestellten Abg. Schmitt-Bretten mußten sich die Nationalsozialisten den Vorwurf Doppelzüngler gefallen lassen, daß sie auf dem Lande anders sprechen wie in der Stadt. Dem nationalsozialistischen Volk gegenüber stellte Schmitt-Bretten folgendes fest: Daß sie im Reichstag für den Gefrierfleisch-Kontingent gestimmt hätten. Ohne Wiederrede mußte sich der Abg. Merk dem Zwischenruf vom Landbund gefallen lassen, daß Merk niemals zu den Nationalsozialisten gegangen wäre, wenn er vom Landbund eine sichere Landtagskandidatur bekommen hätte. Und da alle guten Dinge drei sind, macht sich auch noch der Abg. Kraft durch sein eigentümliches Verhalten dem Abg. Kisch vom Zentrum gegenüber unmöglich. Der Vorsitzende des Reichsvereinsgenossenschafts, Schneider, wie der Abg. Kisch konnten ihn der Unwahrheit überführen. In der weiteren Debatte forderte der Abg. Engelhardt vom Zentrum Schutz des Staates für die stark gefährdeten Weinbauern.

Frau Abg. Siebert legte sich sehr warm für die Erziehung der Landwirtdochter zu guten Hausfrauen ein. Abg. Osterwald empfahl der Regierung, ein besonderes Augenmerk für die Rindvieh- und Pferdehaltung zu verwenden. Herr Abg. Sed trägt besondere Wünsche des Frankensandes vor und empfiehlt, dem Siedlungsweien größere Beachtung zu schenken. Ebenso schloß sich der Abg. Müch (B.) den vorgetragenen Wünschen für das bad. Oberland an unter besonderer Betonung, daß es sich hier um eine Sache handle, die die Einigkeit aller Parteien erfordere. Wenn wir hier am Schluß der Landwirtschaftsdebatte stehen, kann man ruhig sagen, daß sich die Zentrumspartei glänzend geschlagen hat. Das Zentrum hat in dieser Aussprache wieder den Beweis erbracht, daß die badische Landwirtschaft mit Vertrauen auf ihre Zentrumsvertreter im Parlament blicken kann.

Mittel nicht für Siedler in Baden und im Reich beansprucht werden, auch solche Siedler Zuschüsse erhalten, die sich im Gebiete Ostpreußens mit deutschsprechender Bevölkerung ansiedeln. In Ostpreußen habe man noch genügend Siedlungsland. Aber auch die Siedlung im Südpolen sei aus nationalen Gründen zu fördern, abgesehen davon, daß die wirtschaftlichen Voraussetzungen auch dort gegeben seien. Im übrigen hat die Regierung dem früheren Innenminister Dr. Memmel den Dank ab dafür, daß er im badischen Hinterlande mit Erfolg um die Schaffung neuer Wohnstätten bemüht war. Zur Rückfrage bemerkt der Redner, daß auch die Gespannleistung berücksichtigt werden müsse, nicht allein die absolute Milchleistung. Der beste Weg zur Zurückdrängung der Einfuhr sei der, daß alle öffentlichen Organe, Lehrer usw. durch Auffklärung die Konjunktur dazu erziehen, nur deutsche Produkte zu kaufen. Für den Grünernachbau hat sich eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, deren Ziel ist auf dem Gebiete der Grünernachzucht eine Stammmischafterei zu ermöglichen, die auch qualitativ befriedigt. Es sind bereits Verhandlungen mit einem

Großhändler eingeleitet. In der Propaganda wurden schon schöne Erfolge erzielt. Dann gebührt dabei den Bemühungen des badischen Reichsbundes. Aus den Getreidebörsen haben auch die kleinen und mittleren Betriebe Nutzen gezogen. Das Verdienst für die Zollstelle komme nicht nur Minister Dietrich, sondern dem gesamten Rabinet zu. Bezüglich der Nationalisierung möge man alles beiseite stellen, was den Erfolg der Nationalisierung hemmen könnte. Auch auf diesem Gebiete sei das Bestreben der Regierung anzuerkennen.

Abg. Hügle (Dem.) wendet sich gegen einige Bemerkungen des Redners.

Abg. Hilpert (Wirtsch. u. Wpl.) macht längere Ausführungen zum Antrag Banja.

Ministerialrat Dr. Jung gibt Aufschluß über verschiedene Spezialfragen.

Damit ist die Aussprache beendet. Es folgen die Schlusssprüche der Berichterstatter und Antragsteller. Es folgt die Abstimmung des Vorantrages Kapitel 17 Landwirtschaft und

Ernährung, er wird nach den Beschlüssen des Ausschusses genehmigt.

Ferner finden die Änderungsanträge des Ausschusses sowie die Anträge des Zentrums Annahme.

Es folgt der Bericht des Abg. Dr. Hoffmann (Zentr.) über die Denkschrift des Innenministeriums betreffend der Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte, der von großer Sachkenntnis getragen war. Der Antrag des Ausschusses geht dahin, die Heberbeit zur Kenntnis zu nehmen und die Regierung zu ersuchen, Maßnahmen zur Beilegung offener Fälle im Schlichtungsverfahren für Gemeindebeamte zu treffen. Ein Antrag auf Aussetzung der Abstimmung wird abgelehnt. Der Antrag wird ohne Aussprache angenommen. Schließlich wird der gesamte Vorantrag des Innenministeriums mit 40 gegen 15 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen.

Schluß der Sitzung 21 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag vormittag 9 Uhr.

HANDEL / WIRTSCHAFT / VERKEHR

Petroleumkrieg

Entlastungsoffensive der Standard Oil Comp. gegen die Shell-Gruppe.

Hatte man nach den beruhigenden Erklärungen des Vertreters der holländisch-englischen Shell-Gruppe, Sir Henry Deterding, auf dem letzten amerikanischen Petroleumkongreß den Eindruck, daß sich die Gegensätze zwischen den beiden großen Petroleumkonzernen, der Standard Oil Comp. und der Shell-Gruppe gemildert hätten, so stellt sich jetzt heraus, daß die Ruhe nur eine Ruhe vor dem Sturm war. Bisher bildete der amerikanische Kontinent den Hauptplatz aller Aktionen und Gegenaktionen, aller Vereinbarungen und Besprechungen. Jetzt taucht als neuer Schauplatz internationaler Verwicklungen zwischen den beiden Rivalen Indien auf. Die Standard Oil Comp. hat nämlich in den letzten Tagen mit dem russischen Petroleumsyndikat einen Vertrag abgeschlossen, der die Lieferung russischer Petroleumprodukte für Indien vorsieht. Die Russen werden auf die Dauer von 6 Jahren alljährlich 200 000 t Petroleumprodukte an die amerikanischen Vertriebsstellen in Indien liefern, deren Wert sich auf über 80 Millionen Markt stellt. Dieses Abkommen, das den im Juni 1928 zwischen der Standard Oil Comp. und der Shell-Gruppe getroffenen Vereinbarungen zuwiderläuft, dokumentiert ganz offen, daß man sich am internationalen Petroleummarkt auf neue Kämpfe gefaßt machen muß. Die Standard Oil Comp. geht offenbar darauf aus, durch Verlegung ihres Angriffspunktes nach Indien eine Entlastungsoffensive einzuleiten, um ihren Gegner, Sir Henry Deterding (Shell-Gruppe), an seiner bisherigen Operationsbasis, den Vereinigten Staaten, zu schwächen.

Bei einem neuen Zusammenstoß zwischen der Standard Oil Comp. und der Shell-Gruppe dürften die Russen der lachende Dritte sein. Der Sowjet-Union kommen die Gegensätze zwischen den amerikanischen und den englischen Petroleuminteressen gerade sehr gelegen, denn Rußland verfolgt nicht ohne Sorge die Bestrebungen der angelsächsischen Petroleumproduzenten, auf dem mitteleuropäischen Markte, sei es in Form eines Handels-Monopols oder in einer anderen Aufmachung, festen Fuß zu fassen und Rußland von seinen europäischen Absatzmärkten zu verdrängen. Ein offener Kampf zwischen der Standard Oil Comp. und der Shell-Gruppe kann kaum lokalisiert bleiben; er wird auch völlig unbeteiligte Länder mit hineinreißen. Deutschland würde von derartigen Auseinandersetzungen gleichfalls nicht unberührt bleiben, obschon seine Rolle eine rein passive ist. Schon einmal aus Anlaß des englisch-holländisch-russischen Petroleumkonfliktes bildete Deutschland das Kampffeld für die streitenden Parteien. Damals konnte Deutschland für sich den Vorteil buchen, auf Kosten der Gegner billiges Benzin und andere Triebstoffe erhalten zu haben. Heute liegen die Verhältnisse ähnlich. Geht die Preiskonvention, die zwischen den Vertriebsgesellschaften der Standard Oil Comp. in Deutschland (Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft) und der Shell-Gruppe (Rhenania) besteht, in die Brüche, dann wären neue Preisunterbietungen auf dem deutschen Petroleum-Benzinmarkt an der Tagesordnung. Der Verbraucher hätte, wenn auch nur vorübergehend, einen Vorteil, der deutsche Bergbau mit seiner Benzolproduktion und die Kunstbenzinerzeuger den Nachteile.

Wirtschaftsschau

Newyorker Rediskont 3,5 Prozent.

Die Newyorker Bundes-Reservebank hat ihre Rediskontrate von 4 auf 3 1/2 Prozent herabgesetzt. — Die Rediskontrate von 4 Prozent war seit dem 6. Februar d. J. in Geltung. Mit der jetzigen Ermäßigung ist das alte Verhältnis zu den Diskonten Europas hergestellt, die in der vorigen Woche alle ermäßigt worden sind.

Hapag-Dividende wieder 7 Prozent. Ueber die Aufsichtsratsitzung wird mitgeteilt, daß wieder 7 Prozent Dividende an RM. 160 Mill. A.-K. vorgeschlagen werden. Ob und inwieweit in der Aufsichtsratsitzung auch über das durch Bemühungen von Berliner Finanzkreisen aktuell gewordene Problem Hapag-Lloyd offiziell gesprochen worden ist, geht aus der Verwaltungsmitteilung nicht hervor.

Stuttgarter Straßenbahn rentiert sich. Die zu etwa 80 Prozent im Besitze der Stadt Stuttgart befindliche A.-G. kann ihre Dividende auf 8 (7) Prozent für 11,9 Mill. RM. A.-K. erhöhen. Die im Februar v. J. vorgenommene Steigerung der Einzelkartenspreise habe eine immer noch anhaltende Verkehrsabwanderung gebracht, aber doch die errechnete und notwendige Einnahmesteigerung bewirkt. Allgemeine Ausgaben 14,7 (14,66), Abgabe an die Stadt 0,48 (0,45), Abschreibungen 1,01 (0,86) und Reingewinn 1,3 (0,97) Mill. RM.

Wirtschaft und Mode.

In einer Pressebesprechung des Reichsverbandes deutscher Herrenausstattungs-Geschäfte in Berlin führte der Syndikus des Verbandes Dr. Zickel aus, daß die Lagerhaltung der mit modischen Artikeln handelnden Geschäfte durch den allzu reichlichen Wechsel der Mode ungünstig beeinflusst würde. Auf der Suche nach Mitteln und Wegen, um das Risiko des Modewechsels zu vermindern, habe man sich in Verbindung mit ausgewählten Fabrikanten von modischen Herrenartikeln zur Gründung des Zentralamtes für Herrenmode entschlossen. Dieses Zentralamt stellt Richtlinien auf, die für eine Saison gelten. Für den Einzelhandel bedeutet das eine Verringerung der Lagerhaltung, da er jetzt ja nur die Neuheiten, die sich im Rahmen der Richtlinien halten, zu führen braucht. Auch das Ausland ist dem Beispiel Deutschlands gefolgt. Es ist ein französisches und ein italienisches Modeamt für Herrenartikel errichtet worden, während England und Amerika ihre bereits bestehenden Modeeinrichtungen erweitert haben.

Einen andern Weg der Gemeinschaftspropaganda behandelte in dem zweiten Vortrag der Vorsitzende des Reichsverbandes deutscher Herrenausstattungs-Geschäfte, Berndt, der über das „Herrenartikel-Abonnement“ sprach, das in erster Linie dem Zweck der starken Abwanderung des Verbrauchs in die Abzahlungsgeschäfte einen Damm entgegenzusetzen dienen soll. Praktisch stellt es eine Abart des Systems der Kaufsparskassen dar. Der Geschäftsbericht des Reichsverbandes deutscher Herrenausstattungs-Geschäfte stellt fest, daß das Jahr 1929 einen Umsatzrückgang von 10—20 Prozent gebracht hat. Er nennt die bekannten Forderungen des Einzelhandels, so u. a. Neuregelung des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb und wendet sich scharf gegen den Kundenkredit und gegen die Konsumfinanzierung.

Badische Pferdeversicherungs-A.-G., Karlsruhe. Die Gesellschaft weist für das am 31. Dezember 1929 abgelaufene Geschäftsjahr einschließlich 4341 (1663) RM. Vortrag einen Reingewinn von 50 975 (31 136) RM., wovon u. a. 6 Prozent Dividende verteilt werden bei 500 000 RM. Aktienkapital.

Vereinsbank Rastatt e. G. m. b. H. Nach dem Geschäftsbericht war das Geschäftsergebnis für 1929 nicht unbefriedigend. Der Gesamtumsatz betrug 162 267 486 RM. und die Bilanzsumme stieg auf 4 023 934 RM. Nach reichlichen Rückstellungen wurde ein Reingewinn von 8 227 RM. erzielt. Der am 26. März stattfindenden ordentlichen Generalversammlung wird vorgeschlagen: 8 1/2 Prozent Dividende = 35 317 RM.; Zuweisung von 4769 RM. an den Reservefonds, von 10 000 RM. an den Reservefonds, 5000 RM. Rückstellung für Aufwertungszwecke, 1000 RM. für Abschreibungen und 2149 RM. Vortrag auf neue Rechnung.

Die größte deutsche Spinnerei dividendenlos. Die Baumwollspinnerei am Stadtbach in Augsburg schlägt nunmehr vor, den verfügbaren Reingewinn für 1929 von 79 105 RM. vorzutragen (i. V. 12 Prozent Dividende aus 784 652 RM. Reingewinn).

Schnellpressenfabrik Frankenthal. Die Verwaltung teilt mit: Eine Entscheidung über Auszahlung von Dividenden wird alljährlich erst bei der Bilanzsitzung im Juni getroffen. Das Unternehmen hat im abgelaufenen Geschäftsjahr mit Gewinn gearbeitet. Ob dieser Gewinn jedoch bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage zu größeren Abschreibungen verwendet wird oder zur Dividendenzahlung, ist eine Frage der Liquidität, welche wie gesagt, im Juni zu entscheiden ist. — Diese Mitteilung richtet sich gegen eine Meldung, wonach die Dividende ausfallen sollte.

Konkurse: Fa. Bad. Handelsgesellschaft m. b. H. in Renchen. — Fa. Gebr. Jost Nachf., Karlsruhe, all. Inh. Apotheker Leopold Ritter Wolff in Karlsruhe. — Gastwirt Albert Meyer in Lenzkirch nach Einstellung des Vergleichsverfahrens. — Fa. Robert Drescher, Gemischtes Warengeschäft in Lenzkirch, Inh. Robert Drescher.

Vergleichsverfahren: Otto Kuny, Zigarren- und Tabakhandlung in Freiburg. — Ernst Lamp, Inh. der Fa. Jos. Borocco Nachf. in Lörrach. — Kaufmann August Appler, Mannheim.

Börsen

Berlin, 14. März. Eine nennenswerte Geschäftsbelegung hatte man nicht erwartet, doch war die Grundstimmung im Vormittagsverkehr und an der Vorbörse eine Kleinigkeit freundlicher. Die gestrige Newyorker Diskontsenkung um 1/2 Prozent auf 3 1/2 Prozent hatte man erwartet und man rechnet hier mit einer weiteren Erleichterung der internationalen Geldmärkte und verweist in diesem Zusammenhang auf den recht niedrigen Londoner Privatskontsatz von 3 1/2 Prozent. Infolge der immer noch ausbleibenden Beteiligung außenstehender Kreise am Börsengeschäft kam es zu den ersten

Umsatzrückgang in der Pforzheimer Bijouterie

Für die Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie stellt sich die Berichtsperiode als ein Zeitabschnitt saisonmäßig bedingten Abgleitens der Konjunktur dar, deren rückläufige Bewegung jedoch, durch die zunehmende Ungunst wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse beschleunigt und verschärft, in Intensität und Ausmaß diejenige des Vorjahres übertrifft. Die Produktionsverhältnisse haben sich in bezug auf die Einkaufspreise für Roh- und Ausschmückungsmaterial im allgemeinen nicht geändert; durch die zunehmende Geldknappheit und ihre Folgen wurden die Produktionsbedingungen jedoch erheblich weiter erschwert. Der Produktionsprozeß vermochte sich daher nur ungleichmäßig und stöckweise, bei dringenden Aufträgen nur unter Inanspruchnahme von Ueberarbeit und bei Auftragsmangel nur unter Betriebseinschränkungen und mit Kurzarbeit, also unrationell und mit unverhältnismäßigen Kosten, abzuwickeln. Die Absatzverhältnisse haben sich sowohl gegen die Vorberichtsperiode wie auch gegen den gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres verschlechtert. Die Verkaufspreise blieben im allgemeinen unverändert. Der in der Berichtsperiode erzielte Umsatz ist sowohl auf dem heimischen Markt wie auch im Export hinter demjenigen in der Vorberichtszeit wie auch in der gleichen Zeit des Vorjahres erheblich zurückgeblieben. Besonders stark haben hochwertige feine Waren (Juwelen), teilweise aber auch Doubléwaren gelitten, während Waren mittlerer und billigerer Preislage eine verhältnismäßig nur geringe Einbuße erfahren haben. Gegen die Vorberichtsperiode dürfte der Umsatz auf dem heimischen Markt um etwa 20 Prozent, im Export jedoch je nach Warenart und Gattung bis zu 60 Prozent zurückgeblieben sein. Die weitere Entwicklung der Verhältnisse im Inland wird wegen der bevorstehenden Sommerpause, besonders aber im Hinblick auf die Ausstände, sehr skeptisch beurteilt.

Kursen nur zu ziemlich geringfügigen Erholungen. Etwas stärker, aber nicht über 3 Prozent gebessert eröffneten Schubert und Salzer, Reichsbank, Berliner Handelsgesellschaft, Siemens, Gesüfrel, Akkumulatoren, Westeregeln, Schultheiß und Siegen-Solingen. Andererseits bemerkte man auch Abschwächungen gleichen Ausmaßes bei Werten wie Harburg Gummi, Stolberger Zink, Rheag, Rhein. Braunkohlen, Köln-Neuessen, Dtsch. Eisenhandel, Zellstoff Waldhof.

Im Verlaufe machte sich dann etwas Deckungsbedürfnis bemerkbar. Das Geschäft blieb minimal, besonders der Montanmarkt lag vernachlässigt, was mit der weiter verminderten Ruhrkohlenförderung und der rückgängigen Roheisengewinnung in Zusammenhang gebracht wurde.

Frankfurt, 14. März. Infolge der sich allgemein bemerkbar machenden Zurückhaltung und Orderlosigkeit war die Geschäftstätigkeit an der Abendbörse wieder sehr gering. Die schwache Haltung der Aktien, die auf größere Abgaben erneut 4 1/2 Prozent einbüßen, fiel besonders auf. Auch J. G. Farben nannte man im freien Markte etwas niedriger, ohne daß zunächst eine amtliche Notiz zustande kommen konnte. Banken blieben dagegen gut behauptet. Miag zogen leicht an. Auch im Verlaufe belebte sich das Geschäft im allgemeinen nicht. Renten blieben ohne Umsatz. Der französische Franc notierte amtlich 16,40.

Warenmärkte

Berliner Produktenbörse vom 14. März. Weizen, märk. 234 bis 237, Mai 254—255,50, Juli 261,50—263,50, Roggen, märk. 141—146, März 159, Mai 166, Juli 169—170 Braugerste 160—170, Industrie- und Futtergerste 140—150, Hafer, märk. 118—127, Mai 134—135,50, Juli 140,50—141,50, Mais, loco Berlin 155, do. waggonfrei ab Hbg. 141—142, Weizenmehl 26,50—34, Roggenmehl 20—23,50, Weizenkleie 8—8,50, Roggenkleie 7,50—7,75, Viktoriaerbsen 20—25, kleine Speiseerbsen 18—20, Futtererbsen 16—17, Pelusken 16,50—19, Ackerbohnen 16—17,50, Wicken 19—23, blaue Lupinen 12,50—14, gelbe Lupinen 16—17,50, neue Seradella 27—30, Rapskuchen 12—13, Leinkuchen 16,20—17, Trockenschnittel 6,30—6,50, Soyaextraktionsschrot 13,20—13,80, Kartoffelflocken 11—11,50.

Berliner Metallbörse vom 14. März. Elektrolytkupfer 170,50, Raffinadekupfer 147—149, Standardkupfer 132,50—134, Standardblei 36,75—37,75, Original-Hütten-Aluminium in Blöcken 190, desgl. in Walz- oder Drahtbarren 194, Reinnickel 350, Antimon-Regulus 57—60, Silber in Barren per Kilogramm 37 bis 59, Gold Freiverkehr per 10 Gramm 28—28,20, Platin Freiverkehr per 1 Gramm 6,50—8,50.



adressiert nicht nur:

sondern vereinfacht und verbessert alle wiederkehrenden Schreibarbeiten im geschäftlichen und behördlichen Bürobetrieb. Das Adrema-System bedeutet eine feststehende Ordnung, aus der sich die verschiedensten Arbeitsgänge schnell entwickeln und die sich genau den jeweiligen organisatorischen Aufgaben anpassen. Handelt es sich um Inkassoverfahren, dann beschriftet Adrema die Listen mit den dazugehörigen Quittungen. Für den Lohnvorgang bedruckt Adrema alle Lohnpapiere. Ferner werden alle Auftrags-, Versand-, Buchungsunterlagen und viele andere Formulare in absolut fehlerfreier Übereinstimmung der einzelnen Formulare untereinander und mit dem Urmaterial beschriftet. Wie sich das Adrema-System aus den Anforderungen entwickelt und wie es sich jeder Organisation zweckmäßig einordnen läßt, dafür machen wir unverbindlich individuelle Vorschläge. Druckschrift C 6 kostenlos.

ADREMA MASCHINENBAUGES. M. B. H., BERLIN NW 87
ALT-MOABIT 62-63

Karlsruher Nachrichten

Samstag, den 15. März 1930

Frühlingsraunen

Brausender Wind, milder Sonnenschein und prasselnder Regen, so gehört es zum jungen Frühling. Er setzt sich durch, er will es, er muß es. Und wenn der längst nicht mehr für ernst genommene Winter auch dann und wann noch ein paar Schauer zum besten geben sollte — hilft alles nichts, dem Frühling gehört der Sieg. Wenn es ist, als ob jedes grüne Blatt an Strauch und Baum einen Freudengesang ertönen ließe, wenn die schwarzbraune Ackerhölle sich reckt und kräftigt, wenn tausend Stimmen in Wald und Flur sich bemerkbar machen, dann ist der Frühling nicht mehr fern. Es ist fast so, als wolle er dieses Mal den März überspringen. In der Masse des April fauchte er in den letzten Tagen durch die Straßen der Stadt; sein üblicher Trabant, der Sturm, jagelte zwar seine ihm eigene Leidenschaft, die Dachziegel zu lodern oder den Straßenpassanten die Hüte vom Kopfe zu nehmen, dafür aber ließ er einen Regen- und Graupelschauer um den anderen niederprasseln, um schließlich immer wieder vom blauen Himmel goldenen Sonnenschein dazwischen auszubreiten.

Augenblicklich führen Föhn und Regen im Rheintal das Regiment. Es ist seit Freitag früh wieder recht milde geworden und die Temperatur stieg nach nachstehenden Tagen erstmals wieder bis nahe an 10 Grad Wärme. Der Luftdruck schwankt und das Barometer deutet an, daß es mit der Herrlichkeit des witterwendischen, unbeständigen Feines noch nicht vorbei ist. Immerhin, die drohenden Ausichten auf Kälte und Schnee in der Ebene sind wieder vermindert und den Knospen und Eröffnungsblüten steht zunächst keine Gefahr bevor.

Im Schwarzwald ist nach großen Schneefällen, die sich allerdings auf die Höhenreiter oberhalb 700—800 Meter beschränkten, gegenwärtig wieder wärmeres Wetter eingetreten. Die Hochlagen melden zwar noch weiteren ergiebigen Schneefall, aber in den Grenzen zwischen 700 und 1000 Meter fällt der Schnee mit Regen untermischt und der Neuschnee fängt zu tauen an. Weicher und lockerer Neuschnee, der bis zu 30 Zentimeter im Nord-Schwarzwald liegt, gestattet bekanntlich keine allzu verlockende Skifahrermöglichkeiten; ob das Wochenende und der Sonntag im nördlichen oberen Schwarzwald noch eine Besserung in der Schneefestigkeit bringt, erscheint zumindest fraglich. Hingegen berichtet man vom Feldberggebiet und den südlichen Hochschwarzwaldregionen oberhalb 1200 Meter weiteres Schneegedöber bei leichtem Föhnwind und ein Anwachen der totalen Schneehöhe auf über 1 Meter. Ueber die Bergstraße und Höhenwege, rings um den Feldberg, mußte man wieder Bahnschienen fahren, um die gewaltigen Neuschneemengen zur Seite zu schaffen. Die plötzliche Steigerung der Sonnenmächtigkeit im obersten Schwarzwald sichert jedenfalls dort noch für längere Zeit die Ausübung des Skilaufes.

Milch auf der Straße

Am Donnerstag vormittag stießen Ede Kronen- und Jähringerstraße ein Lieferwagen und ein Lieferkraftdrezad zusammen, dessen Führer das Vorfahrtsrecht nicht beachtet hat. Durch den Anprall wurde das Kraftrad auf den Gehweg geschleudert und umgeworfen. Ein am Straßenrand stehender Milchwagen wurde von dem Kraftwagen erfasst und umgeworfen, wobei 60 Liter Milch auf die Straße liefen und 7 Milchflaschen zerbrachen, sodas dem Milchhändler ein Schaden von etwa 25 Mark entstand. Der Lieferkraftwagen wurde leicht beschädigt.

Die Polizei meldet

Diebstähle.

Ein Handelskäufer meldete den Verlust eines Herrenmantels, in dem noch ein Paar Lederhandschuhe steckten, im Gesamtwert von 110 Mark. Die Sachen sind ihm im Hausgang der Handelsschule im Firtel gestohlen worden. — Einer Sekretärin wurde in der Nacht zum Donnerstag aus dem Hof ihrer Wohnung in der Wendtstraße ein Damenfahrrad Marke R.C.M. gestohlen.

In der gleichen Nacht wurde in die ehemaligen Wachsstände des Garnisonlazarets in der Kriegsstraße eingebrachen. In beiden Fällen stieg der Dieb nach Einschlagen der Fensterscheiben durch die Fenster ein. In dem einen Wachsstand, wo ein Mechaniker sein Handwerk betreibt, begnügte sich der Dieb damit, ein Chasé anzurufen; aus dem anderen Wachsstand, der Handwerksstube eines Schuhmachers, entwendete er etwa 6 Paar neue Schuhe. Außerdem brach er eine Geldkassette auf und eignete sich daraus 3 Mark an.

Aus dem Hünerstall eines Bauers in einem Garten bei der Hardtscheke entwendete ein unbekannter Dieb zwei Hüner im Wert von 25 Mark. — Einem Wäckermeister in der Degenfeldstraße wurde eine Geldbörse mit 400 Mark aus der Tasche gestohlen. — Von einem Fahrrad, das im Hof einer Wirtshaus in Durlach untergestellt war, wurde die Lampe entwendet.

Milchfälscher.

Wegen Nahrungsmittelfälschung wurden angezeigt: Ein Landwirtschepaar, eine Frau und ein Landwirtssohn aus Zaisenhäusern, weil sie gemästete Milch als Vollmilch in den Verkehr brachten. Bei dem Ehepaar betrug die Fälschung 20—40 Prozent. Ferner wegen desselben Delikts eine Landwirtschepaar und ein Landwirt aus Kürnbach (Fälschung 17—20 Prozent).

„Koffhäuser“ festgenommen.

Am Laufe der beiden letzten Tage wurden 21 Personen wegen verschiedenen strafbaren Handlungen festgenommen, darunter ein 27 Jähriger Buchdrucker, der als „Koffhäuser“ in Durlach gebettelt und beim Einkauf von 4 Zigaretten in einem Laden in der Gerhingerstraße einen 2 Pfund schweren Koffschinken hatte mitgehen lassen.

Ehrt die Gefallenen! Garantiert nächsten Samstag, 22. März, findet die Ziehung der Gedächtnisloose-Geldlotterie für das Gedächtnisjahr am Schliffkopf (Hochschwarzwald) statt. 17 500 Mark mit einem Höchstgewinn von 6000 Mark kommen zur Auspielung. Auf 10 Lose (fortlaufende Endzahlen) mindestens ein Gewinn garantiert. Die letzten Lose zu 1 Mark sind noch bei Pa. J. Stürmer, Lotterienunternehmer, Rannheim D 7, 11 und in den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen zu haben.

Deutsche Vereinsmeierei.

Eine Gemeinde von 250 Seelen hat — 44 Vereine.

Eine Vereinsmeierei, wie sie wohl selten vorkommt, besteht in Rübenach bei Koblenz, wo auf je sechs Einwohner, Säuglinge usw. eingerechnet, ein Verein kommt. In der Gemeinde, die knapp 250 Einwohner zählt, hat sich neuerdings noch ein Reiterverein und ein Motorradklub gebildet, sodas in dem kleinen Gemeinwesen nunmehr 44 Vereine bestehen. (Ein Kommentar erübrigt sich! — D. Schr.)

Neue Wege der Stadtgestaltung. Die Landesgruppe Baden des Deutschen Verbandes der Sozialbeamten eröffnet ihre diesjährige Landesversammlung am Montag, den 17. März, 20.15 Uhr mit einem Vortrag von Herrn Oberbürgermeister Dr. Heimerich über „Neue Wege der Stadtgestaltung“. Herr Oberbürgermeister Dr. Heimerich, der sich in dankenswerter Weise den Sozialbeamten als Referent zur Verfügung gestellt hat, gilt als gründlicher Kenner und verständnisvoller Förderer der kommunalen Wohlfahrtspflege und Siedlungspolitik, so daß sein Vortrag allen am städtischen Gemeinwohl interessierten Kreisen wertvolle Anregungen bringen dürfte. Der Vortrag findet im Bürgerausstellungssaal des Rathauses statt. Näheres siehe Anzeigenteil.

Neue Beschulung der Straßenbahnwagen. Vom nächsten Sonntag, den 18. März, ab tragen die Dachstühle der Motorwagen der Linie 5 in der Fahrtrichtung Hauptplatz—Hauptbahnhof anstelle der bisherigen Beschulung „Hauptbahnhof über Ruppurzerstraße“ die Aufschrift „Südstadt“.

Kommunalpolitischer Abend des Katholischen Männervereins

Ähnlich wie in der vergangenen Woche der Kathol. Männerverein Süd, so veranstaltete auch der Kathol. Männerverein Ost am vergangenen Mittwoch einen kommunalpolitischen Diskussionsabend. Auch bewies der sehr gute Besuch, daß zurzeit das Interesse an den gemeindepolitischen Fragen sehr lebhaft ist. Nachdem der 1. Vorsitzende Finanzrat Dr. Föcher die zahlreich erschienenen Mitglieder und Vertreter der Rathausfraktion des Zentrums begrüßt hatte, nahm Herr Stadtv. Wild das Wort zu einleitenden Ausführungen. In großen Zügen berichtigte er die Redner die Aufgaben, die an die Stadtverwaltung und namentlich an die Zentrumsfraktion auf dem Rathaus gestellt werden und sprach namentlich die Bestrebungen um den Bestand des Landestheaters aus. Man dürfe allerdings die Frage des Landestheaters nicht allein vom wirtschaftlichen Standpunkt betrachten. Gerade vom kulturellen Standpunkt aus müsse man die Erhaltung unter allen Umständen wünschen. Nachdem der Referent die wichtigsten Fragen des kulturellen Lebens näher betrachtet unterzogen hatte, behandelte er noch einige Diskussionsfragen, die zum Teil noch ihrer Erörterung harren und was deshalb, weil es einerseits an den nötigen Mitteln fehlt, andererseits, weil die Zentrumsfraktion auf Grund ihrer nicht allzu großen Stärke in manchen, namentlich in kulturellen Dingen, nicht durchsetzen konnte. Die Ausführungen des Redners fanden sehr großen Beifall. Dem Referat schloß sich eine sehr ausgiebige Aussprache an, in der vor allem sehr scharfe Kritik an den städtischen Maßnahmen auf dem Friedhof geübt wurde. Auch die Forderung auf Anlagen eines Begegnungspunktes wurde erneut aufgestellt. Einzel sehr kritische Betrachtungen wurden auch die Verhältnisse der städtischen Kaserne und am Durlacher Tor unterzogen. Nachdem Herr Stadtv. Gurt eingehend die Anfragen, die den Friedhof betrafen, behandelt hatte, ergriff Herr Stadtrat Kühn das Wort, um in einem kurzen Referat all die Wünsche und Anfragen zu behandeln. Er ist vor allem der Meinung, daß man in der Theaterfrage neue Wege suchen müsse. Fragen der Eingemeindung dürften nicht vom rein parteipolitischen Standpunkt betrachtet werden. Nach einem kurzen Schlußwort des Hauptreferenten konnte der Vorsitzende in ziemlich vorgerückter Stunde die harmonisch verlaufene Versammlung schließen.

Ein wehrliches Handwerk.

Die gerichtliche Schwarzbrennerei in Daxlanden

Wegen Vergehens gegen das Branntweinmonopolgesetz hatten sich vor der Strafverteilung des Amtsgerichts Karlsruhe der 34 Jahre alte Handelsvertreter Julius W. aus Karlsruhe, der wegen Vergehens auf gleichem Gebiet bereits vorbestraft 40 Jahre alte Händler Ferdinand E. aus Pühl, zurzeit in Straßhof, der 34 Jahre alte Landwirt und Händler Konrad Sch. aus Steinbach bei Pühl und der 37 Jahre alte Obst- und Branntweinhändler Josef W. aus Oberachern zu verantworten. Die Angeklagten M., E. und W. waren durch Strafbefehle zu je 20 000 Mark Geldstrafe, M. außerdem zu zwei Monaten Gefängnis abzüglich ein Monat Untersuchungshaft, E. zu drei Monaten Gefängnis, drei Wochen Untersuchungshaft und W. zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden; außerdem ist auf eine Weiterstrafe von 6000 Mark erkannt worden. Wegen Vergehens waren Sch. und W. durch Strafbefehle mit Geldstrafen von je 7711 Mark und 2763 Mark bestraft worden. Gegen die Strafbefehle wurde von den Angeklagten Einspruch erhoben mit dem Antrag auf gerichtliche Entscheidung.

Wie die Verhandlung ergab, war in einem von drei Angeklagten M. in Karlsruhe, Daxlanden im Ammenen Waldstr. 97 gemieteten Räume unter Mitwirkung der Angeklagten E. und W. in der Zeit von Mitte Januar bis 19. Februar vorigen Jahres eine

Geheimbrennerei

eingerrichtet und betrieben worden. Die Schwarzbrennerei wurde am 20. Februar ausgehoben. Vieles Branntwein hergestellt wurde, konnte nicht festgestellt werden. Immerhin steht fest, daß sich W.

17 Doppelzentner Jucker zur Branntweinerstellung beschaffte, mit denen nach sachverständiger Schätzung 850 Liter Alkohol gewonnen werden konnten.

Die Mitangeklagten Sch. und W. sind beschuldigt, von dem in der Schwarzbrennerei hergestellten Branntwein gekauft zu haben. Wie der Angeklagte E. bei seiner Vernehmung angibt, hat er sich bereits im Dezember 1928 mit M. und W. über die Einrichtung der Brennerei in einem Hotel in Pühl besprochen; er bestätigte, daß Sch. eine größere Menge Branntwein von M. kaufte. Der Angeklagte W. war dabei, als M. die Räumlichkeiten zur Einrichtung der Brennerei in Daxlanden mietete und beschaffte. W. ließ in dem Ammenen verschiedene Veränderungen und Installationen vornehmen, wobei er den Arbeitern erklärte, er sei Chemiker und wolle sich auf die Fabrikation von Soda- und Polieröl beziehen. Von dem Angeklagten M. wird berichtet, daß e. in Daxlanden Branntwein hergestellt habe; er verleihe nichts von der Branntweinerstellung und habe lediglich Experimente vorgenommen; überdies sei bei der damals herrschenden Kälte die Wasserleitung eingefroren, so daß die Branntweinerstellung unmöglich gewesen sei. Den an Sch. verkauften Branntwein will er von einem Unterhändler aus der Pfalz bezogen haben. Er betone, aus wirtschaftlicher Notlage gehandelt zu haben. W. habe bei der Sache nur mitgemacht, um als Epistel der Zollbehörde von dieser Geld zu er-

Der Rastatter Eisenbahndieb verurteilt

Am 25. Februar 1929 wurde durch Rastatter Kriminalbeamte der lange gesuchte Eisenbahndieb festgenommen, der seit dem Spätherbst 1927 auf der Rastatter Muggenturm—Rastatt aus den Gepäck- und Güterwagen Frachtstücke mit Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen, Stoffballen und Kleidungsstücke entwendete. Es handelte sich um den 38 Jahre alten verheirateten erwerbslosen Schlosser Josef Schwan aus Rastatt, der wegen verschiedener schwerer Diebstähle in ganz Baden bereits zu einer Zuchthausstrafe von sechs Jahren verurteilt worden ist. Er leugnete bis zuletzt hartnäckig, konnte jedoch als Täter überführt werden. Am 30. Oktober vorigen Jahres stand der Angeklagte vor dem Rastatter Schöffengericht. Wie im einzelnen festgestellt wurde, entwendete Schwan aus einem in der Güterhalle stehenden Güterwagen einen 100 Kilofad Grieszuder, aus einem Güterwagen eines auf der Strecke Rastatt—Muggenturm stehenden Güterzuges zwei Pakete Zigaretten (Marke Rothkäse), aus dem Gepäckwagen eines Personenzuges sieben Gipskugeln mit Lebensmitteln, außerdem einen Karton mit einem Verbrecherfilm von 4000 Metern, dann aus einem Güterzug auf der Strecke Muggenturm—Rastatt drei Kartons Pflanzenfett, mehrere Kisten Orangensaft, Kaffeebohnen, Mähermaschine, eine Kiste mit Herdplatte und in der gleichen Nacht aus einem anderen Güterzug ein Paket Leinwand, darunter 60 Meter Sembrant. In der Nacht vom 22. auf 23. Januar 1929 setzte er auf der Strecke Karlsruhe—Rastatt—Offenburg, sowie am 9. Februar unweit des Bahnhofs Muggenturm die Einfahrtsignale derart außer Betrieb, daß sie ständig auf „Freie Fahrt“ zeigten und die nachfolgenden Züge mit behelfsmäßigen Signalen zum Halten bzw. zur Durchfahrt gebracht werden mußten. Der mitangeklagte Frau wurde nachgewiesen, daß sie von den gestohlenen Dingen für sich verwendete und verzehrte. Das Rastatter Schöffengericht verurteilte Schwan wegen dreier schwerer und einem einfachen Diebstahls, sowie wegen zweier Verbrechen der Eisenbahntransportgefährdung zu fünf Jahren Zuchthaus abzüglich sechs Monate Untersuchungshaft und fünf Jahren Ehrverlust. Die Ehefrau des Angeklagten erhielt wegen mehrfachen Schleichens ein Jahr Gefängnis. Das gegen letztere ausgesprochene Urteil wurde rechtskräftig. Schwan legte gegen das Urteil Berufung ein, ebenso die Staatsanwaltschaft.

In der gestrigen Berufungsverhandlung vor der Großen Karlsruher Strafkammer beantragte erster Staatsanwalt Dr. Weich, das Urteil des Schöffengerichts aufzuheben und gegen den Angeklagten auf sieben Jahre Zuchthaus zu erkennen. Die Strafkammer hob auf die Berufung des Angeklagten und der Staatsanwaltschaft das Urteil des Schöffengerichts vom 30. Oktober auf und erkannte gegen Schwan wegen erwirkten Diebstahls in drei Fällen, sowie wegen eines einfachen Diebstahls und wegen eines Vergehens der Transportgefährdung im Sinne des § 315 auf eine Gesamtzuchthausstrafe von fünf Jahren unter Anrechnung von neun Monaten der erlittenen Untersuchungshaft. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden dem Angeklagten auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt.

Nach den Feststellungen des Hauptkassamts Karlsruhe, das als Nebenkläger angeklagt ist, handelte es sich um

1182 Liter Weingeist

die von M. hergestellt worden sein sollen. Nach eingehender, mehrstündiger Beweisaufnahme erachtete Staatsanwalt Dreßler die Angeklagten im Sinne der Anklage für überführt. In seinem Plädoyer wies er auf die Tatsache hin, daß in letzter Zeit in der Karlsruhe Gegend, die fast von Schwarzbrennerei verunstaltet blieb, mehrere Geheimbrennereien aufgedeckt wurden.

Im vorliegenden Falle handelte es sich um Betrugsereien gegen den Staat und dessen steuerliche Interessen, deren Folgen die Allgemeinheit zu tragen habe. Bekanntlich haben die Brennereien in Baden für die Herstellung dieses Handelsuntergrabs, verführerische man sich an seinen Volksgenossen, die aus ihrem ehrlichen Branntweinhandel ihren Verdienst ziehen. Bei derartigen Vergehungen seien schwere Strafen anzuwenden. Im vorliegenden Falle sei eine Monopolabgabe im Werte von über 5000 Mark als Hinterzogen anzusehen. Der Anklagevertreter beantragte die Aufrechterhaltung der durch Strafverfügungen ausgesprochenen Strafen.

Nach längerer Beratung fällt das Amtsgericht folgendes

Urteil:

Wegen Vergehens gegen § 119 des Branntweinmonopolgesetzes werden die Angeklagten M., E. und W. zu je 14824 Mark Geldstrafe (dem Bierfachen des hinterzogenen Betrages) verurteilt; außerdem M. zu zwei Monaten Gefängnis abzüglich ein Monat Untersuchungshaft, E. wegen Verhelfens zu zwei Monaten Gefängnis abzüglich drei Wochen Untersuchungshaft und W. ebenfalls wegen Verhelfens zu zwei Wochen Gefängnis. Anstelle der ausgesprochenen Geldstrafe tritt eine Gefängnisstrafe von je 100 Tagen Gefängnis; es wurde ferner eine Weiterstrafe von insgesamt 4550 Mark ausgesprochen. Das Amtsgericht nahm einen hinterzogenen Betrag von 3706 Mark an. Die Angeklagten Sch. und W. wurden von der Anklage wegen Verhelfens freigesprochen.

Nach der Überzeugung des Gerichts wurde in der von M. und Unterhändler durch E. und W. eingerichteten Geheimbrennerei tatsächlich Schwarzgebrannt; es ist nicht überlegt, daß M. Jucker, Kohlen und Bierhefe als notwendige Utensilien zur Brennerei auf gekauft hatte; daß gebraunt wurde, geht daraus hervor, daß Reste von Brennereibehältern gefunden worden sind. Das Gericht hat zugrunde gelegt, daß 17 Doppelzentner Jucker verwendet wurde und hat dementsprechend eine Alkoholmenge von 850 Litern zugrunde gelegt.

Die Angeklagten beantragten, gegen das Urteil Berufung an die Strafkammer des Landgerichts Karlsruhe einzulegen.

Doch Umleitung der Hofstra?

Mit dem Einspruch von Baden gegen eine Umänderung der Einleitung der geplanten Hofstraße Hanfschädel-Basel zu Gunsten der Linie Bruchsal-Stuttgart-Fürth will sich das Stuttgarter Neue Tageblatt immer noch nicht abfinden. Nun ist bekanntlich die Hofstra ein eingetragener Verein, dessen Aufgabenkreis in den Satzungen genau festgelegt ist. § 1 der Satzungen lautet: „Der Verein führt den Namen Hofstra mit der Unterbezeichnung: „Verein zur Vorbereitung der Hofstraße Hamburg-Frankfurt-Basel“. § 3 lautet: „Der Verein hat den Zweck, im Rahmen einer Vorbereitungsgesellschaft alle Arbeiten zu leisten, welche in technischer, wirtschaftlicher, finanzieller, verkehrspolitischer und propagandistischer Hinsicht zur Prüfung der Durchführbarkeit und zur Vorbereitung der Ausführung der Hofstraße Hamburg-Frankfurt-Basel geeignet und förderlich sind.“ Von den interessierten Städten, Handelskammern, Verkehrsorganisationen und der badischen Regierung sind für die Ausführung dieses Planes sehr hohe in den Satzungen festgelegte Beiträge zu leisten, die nur im Hinblick auf die spätere Ausführung der Hofstraße vertretbar sind. Nachdem in württembergischen Zeitungen über Besprechungen der Geschäftsleitung der Hofstra mit württembergischen Regierungsstellen wegen Verlegung der Hofstraße berichtet wurde, hat der Badische Verkehrsverband den richtigen Weg beschritten und beim Vorstand der Hofstra in Stuttgart schon Mitte Februar gegen das satzungswidrige Vorgehen der Hofstra Einspruch erhoben und den großen Städten und Handelskammern des Rheinlands hierüber Nachricht gegeben. Diese Stellen haben sich hierauf ebenfalls als Mitglieder der Hofstra in sehr scharfer Weise diesem Projekt angeschlossen, der darauf hinweist, daß die Hofstra nach den Satzungen sich lediglich mit der Ausführung der Hofstra-Basel zu befassen habe. Gegen das, eine große Anzahl Mitglieder der Hofstra schädigende Vorgehen der Geschäftsleitung wurde nachdrücklich Verwahrung eingelegt. Ergänzend muß hierzu bemerkt werden, daß württembergische Städte und Regierungsstellen nicht Mitglieder der Hofstra sind. Die Umänderung der Einleitung der Hofstra würde hierdurch bedeuten, daß die Städte des Rheinlands Karlsruhe-Basel wider Willen zum eigenen Nachteil die Vorarbeiten der über Württemberg umzuleitenden Hofstraße zu finanzieren hätten.

Das Neue Tageblatt Stuttgart bestätigt diese Tatsache allerdings in anderem Sinne, indem es besonderen Wert darauf legt, zu betonen, daß der neue Vorschlag keine „Aktion Württemberg“ darstelle, sondern eine rein private Anregung von außerhalb Württembergs sei. Das Land Württemberg, Regierung und Landtag oder auch Gemeinden hätten sich nicht — leider — nicht das geringste mit diesem Vorschlag zu tun gehabt. „Dem widerspricht allerdings ein Bericht derselben Zeitung vom 7. Februar 1930, worin ausgeführt wird, daß der Vorschlag, die große Nord-Süd-Autofraße Hamburg-Jülich über Württemberg zu führen, nicht mehr nur im Gebiet bloßer Erwägungen stehe. Der Geschäftsführer der Hofstra, Generaldirektor Hof-Frankfurt und Stadtbaurat Goldner-Weglar, Mitglied des Verwaltungsrates und des technischen Ausschusses der Hofstra, hätten Besprechungen mit dem württembergischen Staatspräsidenten, dem Innenminister Dr. Holz, dem Wirtschaftsminister Dr. Maier, sowie mit der Stadmerwaltung Stuttgart gehabt. Diese Besprechungen hätten zu dem Ergebnis geführt, die vorgeschlagene neue Linie in einem Vorprojekt zu bearbeiten und im einzelnen auf ihre Ausführbarkeit zu prüfen. Mit besonderer Scharfsicht wird hierbei bemerkt, daß der Urheber des Planes, Stadtbaurat Goldner-Weglar, ein geborener Württemberger sei, der sich bis zum Jahre 1926 im Dienste der Reichsbahndirektion Stuttgart befunden habe. Dem Vorstand der Hofstra blieb auf die aus Baden eingegangenen geharnischten Proteste auf Grund der Satzungen keine andere Möglichkeit, als in der Antwort zu erklären, die neuen Vorschläge hätten nicht die Billigung des Vorstandes gefunden, man denke nicht daran, die Rheinlinie anzugehen. Für Württemberg könne es sich nur um eine Anschließlinie nach Stuttgart handeln.

Es wird Aufgabe aller zuständigen badischen Stellen sein, ein wichtiges Auge auf die weitere Tätigkeit der Hofstra zu haben.

Eine neue Luft-Verkehrslinie. Am 1. Mai wird eine planmäßige Luftverkehrslinie von Baden-Baden über Karlsruhe, Mannheim nach Köln und Düsseldorf in Betrieb genommen.

Winterferien-Sonderzug Mannheim-Offenburg. Am Samstag, den 15. März, verkehrt wieder Sonderzug 2600 Mannheim (ab 14.30) — Offenburg mit Anschlüssen von Heidelberg, Bruchsal und Pforzheim. In Wühl und Achern sind Anschlußfahrten nach Oberalt und Odenhöfen vorgesehen. In Offenburg besteht unmittelbarer Anschluß Richtung Schwarzwaldbahn und Richtung Freiburg.

Programm-Änderung im Südjuni. Der Südjuni überträgt am Samstag, den 15. März, 20 Uhr, aus dem großen Saal des württembergischen Landestheaters, nicht, wie ursprünglich vorgesehen, „Halsstarr“, sondern die Oper „Margarethe“ von Gounod.

Kollosumtheater. Am den Besuchern des Kollosumtheaters bei jedem neuen Programm weitestmögliche Abwechslung zu bieten, hat sich die Direktion entschlossen, vom 16.—31. März wiederum eine Reihe zu einem Gajspiel zu veröffentlichen. Die Reihe „Wenn du einmal dein Herz verhasst“ in 24 Bildern wird von den Herren Waldan und Burdard geleitet. Namen, welche für eine erstklassige Durchführung des Gajspiels bürgen. Die Darsteller sind durchweg namhafte Kräfte. Die musikalische Leitung liegt in bewährten Händen des Herrn Harry Waldan, während die künstlerische Leitung Herr Hermann Burdard inne hat. Ferner sei noch das Auftreten der „The Scraminos“, die musikalischen Pierrots mit ihren neuen Instrumenten, sowie „Fred and Freddy“ Erwähnung zu erwähnen, welche beide hervorragende Varietenummern zur Verfügung bringen. Die auswärtigen Besucher werden darauf aufmerksam gemacht, daß Sonntag nachmittags halb 4 Uhr die beliebtesten Fremdenvorstellungen bei ungünstigstem Abendprogramm stattfinden. Vorverkauf den ganzen Tag im Sigmundhaus Meyls, Waldstraße 34.

Die Caritas- und Frauenbunds-Sonderfahrten zu den Passionsspielen in Oberammergau!

Die vereinigten Caritas-Sekretariate Mannheim, Ludwigshafen und Worms veranstalten in Verbindung mit den Zweigvereinen des katholischen Deutschen Frauenbundes zu jedem Hauptspieltag der Passionsspiele verbilligte Sonderfahrten im Automobil „durch Deutschlands schönste Gasse“. Der außerordentlich niedrige Preis dieser Fahrten, der alle Kosten enthält, soll allen Interessenten die Möglichkeit bieten, unter geringem Kostenaufwand die Oberammergauer Passionsspiele zu besuchen. Besucht werden in erster Linie die Hauptspiele. Für die Ferien verkehrt ein spezieller Ferien-Sonderzug zu ganz besonders billigen Preisen (RM. 26.—). Ausgangspunkt für alle Fahrten in Worms und Mannheim.

Wegen der starken Nachfrage ist es dringend geboten, möglichst umgehend die Anmeldungen zu tätigen, besonders, wo bereits heute einige Plätze vollständig ausverkauft sind.

Anfragen und Anmeldungen sind zu richten an eines der nachstehenden Caritas-Sekretariate: Worms, Seminariusgasse 3; Mannheim, B. 3, 19; und Ludwigshafen, Kaiser-Wilhelmstraße 26.

Sehen Sie gern etwas Neues? Dann besichtigen Sie die Frühjahrsausstellung der Firma Dietrich. In acht Schaufenstern werden Ihnen die letzten Modellschöpfungen (zu erschwinglichen Preisen) in ansehlicher Weise gezeigt.

Der Sport am Sonntag

Runde der Meister

Allmählich geht es der Entscheidung entgegen, die Spiele werden deshalb immer interessanter und spannender; gerade der kommende Sonntag kann ausschlaggebende Bedeutung gewinnen. Die Eintracht Frankfurt mit nicht weniger als 8 Punkten Vorprung die Tabelle anführen, wird auf dem Gelände der SpVg. Fürth wohl auf die härteste Probe gestellt. Gelänge ihr ein Sieg, dann wäre ihr wohl die Meisterschaft sicher, wenn nicht, dann ist der schöne Vorprung fast dahin und die Sache steht wieder auf Eis und Knopf. Fürth ist dieses Jahr nicht sehr stabil. Trotzdem hoffen wir auf einen Sieg der Meisterschaft, schließlich auf ein Unentschieden, denn Fürth war noch immer zur Stelle, wenn es galt! Am Sonntag hat es die letzte Chance! Bayern München muß noch die Borussia überwinden! Die Frage kann durchaus nicht ohne weiteres beantwortet werden, denn auch sie sind dieses Jahr nicht ganz auf der Höhe. Allerdings meiß die Bittingerer, daß eine weitere Niederlage sie wohl von den Spielen um die Deutsche Meisterschaft ausschalten würde und das wird alle Kräfte sicher bis zum äußersten anspannen. Fitzmaßens kommt für die beiden ersten Klänge sicher nicht mehr in Frage, aber gegen Waldhof wird der Saarweiser doch seinen Tabellenstand wohl wahren. Freiburg empfangt den VfL Stuttgart; wir haben zu unserem badischen Meister kein großes Vertrauen mehr und glauben nicht recht daran, daß ihm die Abwände für die bittere Vorspielniederlage in Stuttgart gelingen wird.

Die Trostfreunde

Gruppe Südost

Bönitz tritt nach wochenlanger Pause auch wieder einmal hier an und zwar gegen Jahn Regensburg. Nachdem die Elf auswärts zwar keine Punkte holt, aber doch bestehen hat, daß sie wieder die alte Schlagkraft gefunden hat, sollte man hoffen dürfen, daß die Gäste ohne eine Verletzung ihres mächtigen Rückstoßes heimkehren. Der VfB hat es in der Hand das Jüngling an der Wange zu binden und dem 1. FC Nürnberg die Meisterschaft erdiglich zu sichern; wenn er in Nürnberg gegen 1860 sich behaupten kann. Wir schätzen den VfB hoch ein, aber auf diese Fahrt gehen wir ihm doch wenige Gewissheiten mit, da die Löwen für die Karlsruher Niederlage keine nehmen wollen; es kann ihnen allerdings sicher nur in besserer Form gelingen und so ist die Reize der Schwarzroten nicht ganz ausschließend. Einen schweren Gang hat auch der 1. FC Nürnberg zu dem VfL Heilbronn. Man braucht in der Rheinlinie darauf, dem Klub zu beweisen, daß die 0:7 Niederlage in Nürnberg unter anomalen Verhältnissen zustande kam. Die Heilbronner haben entschieden 3. Pl. eine tabelllose Form, wobei der Klub aller Unterstützung bedarf, wenn er nicht erneut merkwürdige Punkte einbüßen will. Noch trauen wir ihm einen knappen Sieg zu, doch das Gegenteil wäre durchaus keine Unberechnung.

Das Bauen mit zinsfreiem Geld

Man ist kritisch gegenüber allen Neuerungen gegenüber. Es waren zu viel der Propheten, die alle nicht die Erfüllung, wohl aber irgend einen unvorhergesehenen Leid brachten. Und doppelt kritisch ist man in Geldfragen; die Geheimnisse der Inflation sind noch in aller Erinnerung, und sie haben den Blick geschärft für die harten Wirklichkeiten, die immerzu Raum lassen für irgendwelche Wunderkuren, wo Geld aus Nichts geschaffen wird. Und mit derselben Skepsis hört man vom Bauen mit zinsfreiem Geld, das die deutsche Bau- und Siedlungsgemeinschaft e. G. m. b. H., Darmstadt, propagiert und auch verwirklicht hat. Doch in diesem Fall haben wir es nicht mit irgend einer finanziellen Wunderkur zu tun, sondern das Unternehmen baut sich auf dem soliden Grunde der Sparrätigkeit der Mitglieder der Genossenschaft auf. Und das Kapital kann zinslos vergeben werden, weil für das eingelegte Sparkapital ebenfalls kein Zins gezahlt wird. Das Unternehmen ist lediglich eine Bauparität, die den Zins ausschaltet.

In einer stark besuchten Versammlung legte Herr Körner, Mannheim, der Landesgeschäftsführer für Baden, die Ziele und das Wesen der Baugenossenschaft dar. Die außerordentlich wirtschaftliche Depression auf dem Bauplätze während der Deflationszeit, wo Kapital nur zu sehr hohen Zinsen zu haben war, führte zur Selbsthilfe. In Darmstadt wurde die Bauparität der deutschen Bau- und Siedlungsgemeinschaft gegründet. Die Genossenschaft gewährt zinsfreie Darlehen zur Erfüllung von Eigenheimen, zum Aufbau von Grundstücken und bereits erfüllten Kaufverträgen, zur Abkündigung von Hypotheken und zur Abkündigung von Forderungen aus Erbschaftsverträgen. Darlehen werden von 4000 bis 22000 Mark pro Mitglied gewährt. Zur Sicherheit wird das Kapital nur an erste Hypothekensstelle vergeben. Die Darlehensanwartschaft erlangt man mit der Einzahlung von einem Teil des gemündeten Kapitalbetrages, das man jedoch auch in Raten zahlen kann. Die monatliche Sparrate beträgt 1, 5 Mark für je 1000 beantragte Mark. Die Rückzahlungssumme beträgt monatlich 5 Mark auf je 1000 gewährte Mark. Die theoretische Höchstwertzeit beträgt 24 Jahre, doch dauert heute die durchschnittliche Wertzeit 5—8 Jahre. Die Darlehensauszahlung erfolgt nach einem Kennziffersystem, das zugleich ein Antreibemittel für eine starke Sparrätigkeit ist, denn mit erhöhter Sparrätigkeit steigt auch die Kennziffer. Die Mitgliedschaft erwirbt man durch ein Eintrittsgeld von 10 Mark und einen Genossenschaftsanteil von 20 Mark. Das sind in knappen Worten die Grundlagen des Unternehmens. In Wirklichkeit ist es über den theoretischen Reichtum schon erhaben, denn in den 5 Jahren seines Bestehens hat die D.B.G. etwa 1600 Darlehen im Betrage von etwa 22 Millionen Mark ausgegeben, wovon rund 8000 Wohnungen erstellt worden sind. Zahlreiche Städte und Orte haben die D.B.G. durch weitgehendes Entgegenkommen in der verschiedensten Weise gefördert. In dieser Weise ist es der D.B.G. möglich, verschiedenen Volkstreffen den Bau eines Eigenheims zu vermitteln. Der Vorteil des Kollektivparans, tragbare Spar- und Rückzahlungssummen, keine Belastung durch Zins rufen den Besitz eines Eigenheims auch für Nichtkapitalisten in den Bereich der Möglichkeit.

Behäufert Befall dankte dem Redner für seine Ausführungen. In der anschließenden Diskussion wurden noch verschiedene Zielsetzungen und Unklarheiten behandelt und klargestellt. Sicher hat der Gedanke der Bauparität in Karlsruhe manchen Anhänger gefunden.

Gruppe Nordwest

Dem Tabellenführer, Bönitz Ludwigshafen wird es gewiß nicht leicht fallen, sich in Neu-Isenburg zu behaupten. In Frankfurt steigt das Lokalherb Rotweiss Frankfurt — SpVg. Frankfurt, für das wir dem Fußballsportverein die entschieden größten Chancen geben. Redarau konnte dieses Jahr gar keine Rolle spielen; der nächste Gegner, Wiesbaden, ist an sich gewiß besser, aber in Redarau ist dank des Klages und des Publikums nur schwer zu gewinnen, so daß die Kurzbäder die Punkte wohl werden dort lassen müssen. Sehr gespannt sein darf man auf das neuerliche Zusammentreffen der beiden Saarvereine, VfL Saarbrücken — Sportfreunde Saarbrücken, in dem der Almeister als Platzhüter beweisen muß, ob er wieder so erfrischt ist, daß er sich gegen den dieses Jahr erst hochgekommenen Lokalrivalen die Vorherrschaft wieder sichern kann.

Kreisliga

Mittelbaden.

Der VfL Karlsruhe wird sich gegen Ruppurr die sicher mildernde Meisterschaft wohl nicht nehmen lassen, auch VfL Ludwigsburg hat gegen die in harter Abnützung befindliche Germania Durlach gewiß keinen leichten Stand, sollte aber ebenfalls siegreich bleiben. Die Frankonia wird mit Bruchsal kurzen Prozeß machen. Auch Grözingen halten wir auf dem eigenen Platz für stark genug, den sich ausgezeichnet schlagenden Karling, Berghausen, zu überwinden. Dagegen werden wir nicht überrascht, wenn Weierheim, trotz des Platzverlusts, gegen Knielingen sich mit einer Punkteteilung zufriedengeben müßte. Mit besonderem Interesse schaut man auf den VfL Baden, der seinen Punkt mehr abgeben darf, wenn der napolitanische Abstieg noch bebaut werden soll; Darlaben erscheint auf dem Badenplatz sicher mit Gewinnabsichten, doch wurden diese dort schon einmal in entscheidender Stunde vereitelt, so liegt auch diesmal ein Sieg des Platzhüters durchaus im Bereich der Möglichkeit.

Südbaden.

Die beiden Tabellenführer in ungleichwertigen Treffen. Offenburger hat daheim gegen Waldf. leichtes Spiel, dagegen VfL Kehl nicht, ob die Tabellenführung in Gaggenau weiter gesichert werden kann. Forstheim muß in Das gewinnen, wenn es weiter Hoffnung haben will. Der VfL Baden sollte stark genug sein, um auch in Achern sich als Sieger zu behaupten. Schließlich wird die SpVg. Baden die Gelegenheit benutzen, sich gegen Dettigheim in letzter Stunde aus der Gefährzone in Sicherheit zu bringen.

Am die süddeutsche Handballmeisterschaft

treffen sich die vier Gruppenieger im vorentscheidenden Spiel, die Sieger aus den zwei Spielen: SpVg. Fürth — Stuttgarter Kickers und VfL Kaiserslautern — SpVg. Darmstadt bestreiten dann das Endspiel.

Spiel und Sport

„Jahn“ Regensburg im Bönitz-Stadion.

Zum zweiten Male stellt sich am kommenden Sonntag die erste Elf des VfL „Jahn“ Regensburg in Karlsruhe vor und zwar im Bönitz-Stadion. Die Jahnleute geben trotz der an den letzten Sonntagen verloren gegangenen Trostrundenspiele immer wieder einen unerschöpflichen Willen und energiegeladenen Geistes ab. Davon wissen die Karlsruher Spieler aus der Praxis ein treffendes Kugelgelingen zu singen. Aber auch die anderen Kollegen der Trostrundengruppe Süd-Ost haben die Regensburger als eine widerstandsfähige, kampfesamte Elf kennen gelernt, die besonders auf ihrem heimischen Spielfeld mit unbeeugbaren Willenkräften in den Kampf ging und deshalb ein fast unbezwingbares Bollwerk darstellte. Es dürfte für die Karlsruher Fußballgemeinde empfehlenswert sein, mit eigenen Augen die Leistungsfähigkeit unseres derzeitigen Nationalstars, Heiner Stuhlfauth, der erst am letzten Sonntag sein Können im VfL-Spiel unter Beweis stellte, und seinem gefährlichsten Rivalen Jakob beim Treffen am kommenden Sonntag abzumessen und zu taxieren. Die Bönitzstadion hat leider durch die verheerenden Umstellungen und Erbschaftsveränderungen, die durch Verletzungen in der letzten Zeit vorgenommen werden mußten, ihre Spiele vielfach unglücklicherweise verloren. Dies hat aber den Kampfesifer der Spieler und technisch zum Spieler nicht gebracht. Trotzdem sie in der Regensburger Himmelsnacht mit einem schweren Hindernis zu rechnen haben, müßte das Leber bei schnellen Aktionen den Weg in Jakob Stuhlfauth finden. Hoffen wir, daß unser Karlsruher Vertreter in alter Spielstärke und frische den Bayern gegenübertritt, damit dem sonnigen Besucher des Bönitz-Stadions ein spannendes und von Erfolg getragenes Fußballspiel geboten wird. Das Spiel beginnt schon um 2.15 Uhr nachmittags, damit die Gäste rechtzeitig den 5 Uhr Zug erreichen können.

Tages-Anzeiger

für Samstag, den 15. März 1930.

Bad. Landestheater. Abends 8 Uhr: „Die Affaire Dreyfus“.
Bad. Lichtspiele, Konzerthaus. Abends 8 Uhr: „Fräulein Elfe“.
Colosseum. Abends 8 Uhr: „Wihelm Mlawitz“.
Restaurant Palmengarten. Abends 8 Uhr: Eröffnungskonzert mit Schlachtfest.
Hermanns Tisch. Von 15—18 Uhr in der 3. Etage Vorführung des Schnellstichtes „Kochkoll“.
Bad. Landesgeneralkasse. Ausstellung „Das Bild im Dienste der Werbung“. Geöffnet von 10—13 Uhr.
Karlsruher Hausfrauenbund. Ausstellung Glashalle Stadtpark: „Der gedebte Tisch“. Geöffnet von 10½—20 Uhr.

Karlsruher Ständebuch-Anzüge

Sterbefälle und Beerdigungsjalen. 13. März: Wilhelmina Streicher, Witwe von Karl Streicher, Fabrikant, 59 J., Wasseralfingen. Lucia Schmitz, Witwe von Adolf Schmitz, Versicherungsbeamter, 72 J., 15. März, 14 Uhr. — 14. März: Katharina Schuff, ledig, Keiterin b. Bad. Frauenverein, 67 J., 17. März, 14½ Uhr. Ida Berlein, ledig, Oberführer a. D., 52 J., 17. März, 14 Uhr. Hans Strang, 4 Monate alt, Vater Hans Strang, Schuhmacher, Göttingen.

SCHORPP wäscht Pfundwäsche

| | | |
|--------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Bei 20 ^g wäss | Bei 20 ^g wäss | Bei 20 ^g wäss |
| 18 | 28 | 38 |
| BÜGELRECHT | TROCKEN | PRESS |

Berechnung nach Gewicht trocken gewogen. Abholen und bringen kostenlos. Verlangen Sie Preisliste. Läden in allen Stadtteilen. Briefanschrift Kaiserallee 37, Telefon 725.

Deutsche Jugendkraft

Gründung eines kathol. Jugendvereins und einer Deutschen Jugendkraft in Büdingen.

Nach guter Vorbereitung von berufener Seite konnte am Sonntag, den 9. März, auch am hiesigen Orte ein kathol. Jugendverein gegründet werden. Den Vorsitz führte Herr Otto Kapp, Untergruppenleiter, der nach kurzer Begründung der zahlreichen Erfolge...

alle Freunde unserer Bewegung aber ergeht der Appell, dem jungen Verein beizutreten. — Anmerkung: Wir freuen uns, daß in Büdingen eine D.F.K.-Abteilung mit der Sportart „Fußball“ gegründet wurde und wünschen dem Keimling alles Gute und eine gesunde Weiterentwicklung. Jugendkraft! Die Gauleitung.

Während des Umbaues
wirds Vergrößerung unserer Abteilung
Gardinen, Teppiche
auf sämtliche Gardinen, Dekorationen, Tisch-
u. Wanddecken, Bettvorlagen, Läuferstoffe,
Bodensteppiche etc.
großer Preis-Nachlaß!
W. BOLÄNDER

Lehrlingsmangel zu Ostern

Im Gegensatz zu der allgemeinen Arbeitslosigkeit macht sich in diesem Jahre ein Lehrlingsmangel auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar, der auf den Geburtenrückgang während des Krieges zurückzuführen ist. Der normale Jahresbedarf an Lehrlingen beträgt in Fabrik und Handwerk 250.000. Die Gesamtzahl der männlichen Jugendlichen im 14. Lebensjahr, die 1928 615.000 betrug, sinkt in diesem Jahre auf 555.000 und wird im nächsten Jahre mit 517.000 ihren niedrigsten Stand erreichen.

Herausgeber und Verleger: Badenia, A.-G. für Verlag und Druckerei, Karlsruhe i. B. Hauptschriftleiter: Dr. J. Th. Meyer. Verantwortlich für Nachrichten, Politik und Handel: Dr. Billy Müller-Reif; für Kultur, Kunst und Sport: Dr. G. H. Berger; für Lokales, Badische Chronik und Sport: A. Rüdiger; für Anzeigen und Inserate: Philipp Rieberle, sämtl. in Karlsruhe, Steinstr. 17. Notationsdruck der Badenia A.-G. In Umland: Geißl. Rat Dr. Meyer. Berliner Redaktion: Dr. E. Schuster, Berlin-Lichterfelde-Ost, Parallelnstr. Nr. 4.

Gottesdienst-Ordnung

St. Stephan, Sonntag (Vollstranetage): In allen Gottesdiensten ist Kollekte für arme Theologen. — 6 Uhr: Frühmesse; 7 Uhr: hl. Messe; 8 Uhr: hl. Messe mit Monatskommunion der Jungfrauenkongregation und des Jungmädchenvereins; 8 Uhr: Deutsche Singmesse mit Predigt; 10 Uhr: feierl. Gedächtnisgottesdienst mit Predigt, Hochamt und Lumba; 12 Uhr: Schülergottesdienst mit Predigt; 12 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; 6 Uhr: Fastenpredigt, Kreuzwegandacht und Segen. — **Nächsten Sonntag:** Beginn der Frauenmissionswoche: 7 Uhr: hl. Messe; 8 Uhr: hl. Messe mit Beginn der Frauenmissionswoche; 10 Uhr: Hauptgottesdienst und feierl. Einführung der Missionare, Hochamt und Missionspredigt für die ganze Pfarrei.

Altes Singenstübchen, Sonntag: 7 Uhr: hl. Messe; 8 Uhr: Amt.
St. Elisabethkirche, Sonntag: 7 Uhr: Frühmesse mit Monatskommunion der Jungfrauen; 8 Uhr: Singmesse mit Predigt; 10 Uhr: Hochamt mit Predigt; 11 Uhr: Schülergottesdienst mit Predigt; 6 Uhr: Fastenpredigt mit Vitani und Segen. — Kollekte für arme Theologen. — Am nächsten Sonntag: Beginn der Frauenmissionswoche.

St. Bernhardskirche, Sonntag: 6 Uhr: hl. Messe; 7 Uhr: hl. Messe mit Monatskommunion der Jungfrauen und Mädchen; 8 Uhr: Deutsche Singmesse mit Predigt; 10 Uhr: Predigt und Hochamt; 12 Uhr: Schülergottesdienst mit Predigt; 2 Uhr: Christenlehre; 6 Uhr: Fastenpredigt mit Kreuzweg und Segen.

Liebfrauenkirche, Sonntag: 6 Uhr: Frühmesse; 7 Uhr: Kommunionmesse mit Monatskommunion der Jungfrauen; 8 Uhr: Deutsche Singmesse mit Predigt; 10 Uhr: Hauptgottesdienst mit Hochamt und Predigt; 12 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 12 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; 6 Uhr: Fastenpredigt mit kurzer Kreuzwegandacht und Segen. — Kollekte für arme Theologiestudierende.

St. Bonifatiuskirche, Sonntag: 6 Uhr: Kommunionmesse der Schwesternkongregation; 7 Uhr: Kommunionmesse der Jungfrauen; 8 Uhr: Singmesse mit Predigt; 10 Uhr: Hauptgottesdienst mit Predigt und Hochamt; 12 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 2 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; 6 Uhr: Fastenpredigt mit Andacht und Segen. — Kollekte für arme Theologiestudierende.

Sergiuskirche, Sonntag: 10 Uhr: Singmesse mit Predigt. — **Donnerstag:** 7 Uhr: Schülergottesdienst.

Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus, Mittwoch: 6 Uhr: hl. Messe.

St. Peter- und Paulskirche, Sonntag: 6 Uhr: Frühmesse und Beichtgelegenheit; 8 Uhr: Osterkommunion der Mar. Jungfrauenkongregation und des Jungmädchenvereins „St. Agnes“; 8 Uhr: Deutsche Singmesse mit Predigt; 10 Uhr: Hochamt mit Predigt; 12 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; Kollekte für arme Theologiestudierende; 12 Uhr: Christenlehre für die Mädchen; 6 Uhr: Fastenpredigt mit Andacht und Segen. — **Nächsten Sonntag:** Beginn der Mission für die Frauen und Mädchen.

St. Weiskirche, Sonntag: 7 Uhr: Kommunionmesse; 8 Uhr: Frühmesse mit Predigt; 10 Uhr: Predigt

und Hochamt mit Trauerfeier für die Opfer des Weltkrieges; 11 Uhr: Christenlehre; 12 Uhr: Fastenpredigt mit Segensandacht.

St. Josefkirche Grünwinkel, Sonntag: 6 Uhr: Beichte; 7 Uhr: Frühmesse mit hl. Kommunion; 10 Uhr: Hochamt und Predigt als Gedächtnisgottesdienst für die Gefallenen; Kollekte für arme Theologen; 6 Uhr: Fastenpredigt und Andacht.

St. Kreuzkirche Anielingen, Samstag: 2-7 Uhr: Beichte. — **Sonntag:** 7 Uhr: hl. Kommunion; 10 Uhr: Amt mit Predigt; 12 Uhr: Vesper für die Fastenzeit. — **Werttagsgottesdienst:** 12 Uhr. — **Mittwoch:** 7.07 Uhr: Schülergottesdienst. — **Freitag:** 12 Uhr: Fastenandacht mit Segen.

St. Antoniuskapelle Egenstein, Sonntag: 12 Uhr: Beichte; 12 Uhr: hl. Messe mit Predigt; abends 8 Uhr: Fastenandacht.

St. Michaeliskirche Bietheim, Sonntag: 6 Uhr: Beichtgelegenheit; 7 Uhr: Frühmesse; 8 Uhr: Deutsche Singmesse mit Predigt; 10 Uhr: Hauptgottesdienst mit Predigt und Hochamt 11 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 12 Uhr: Christenlehre für die Mädchen (Entlassung des 3. Jahrgangs); 6 Uhr: Fastenpredigt mit Vitani und Segen. — Kollekte für arme Theologen.

St. Cyrillus- und Laurentiuskirche Sulach, Sonntag: Siehe Missionsordnung.

St. Nikolauskirche Müppurr, Sonntag (Kollekte für arme Theologiestudierende): 6 Uhr: Beichte; 7 Uhr: Frühmesse mit Monatskommunion der Jungfrauenkongregation; 9 Uhr: Predigt, Beichte des St. Nikolauskalters und Amt; 11 Uhr: Kindergottesdienst mit Predigt; 2 Uhr: Missionsandacht; 7 Uhr: Fastenpredigt mit Andacht und Segen.

St. Konradtskirche (Telegr. Kaserne), Sonntag: 12 Uhr: hl. Kommunion und Frühmesse; 10 Uhr: Deutsche Singmesse mit Predigt, hernach Christenlehre; 12 Uhr: Fastenandacht. — **Dienstag und Donnerstag bis Samstag:** 7 Uhr: Schülergottesdienst. — **Mittwoch:** Beginn der Kindermission von Mittwoch bis Samstag jeweils abends 6 Uhr: Missionspredigt. — **Sonntag:** nachm. Beichtgelegenheit.

Städt. Krankenhaus, Samstag: 2-3 Uhr: Beichtgelegenheit. — **Sonntag:** 10 Uhr: Predigt und Singmesse.

St. Martiniskirche Rühlheim, Sonntag: 7 Uhr: Beichtgelegenheit; 8 Uhr: Frühmesse; 10 Uhr: Amt mit Predigt, Christenlehre; abends 8 Uhr: Fastenpredigt mit Kreuzwegandacht. — **Montag:** 7 Uhr: Vesp. hl. Messe für Josef Oberle. — **Mittwoch:** Beginn der hl. Mission. (Siehe Missionsordnung.)

St. Peter- und Paulspfarrei Durlach, Samstag: nachm. Beichtgelegenheit von 5-7 Uhr; 6 Uhr: Gebetsandacht zu Ehren der lieben Mutter Gottes. — **Sonntag:** 6 Uhr: Beichtgelegenheit; 7 Uhr: Frühmesse und Austeilung der hl. Kommunion; 9 Uhr: Schülergottesdienst mit Predigt; 10 Uhr: Predigt und Hochamt; 11 Uhr: Christenlehre für die Junglinge; 2 Uhr: Herz-Mariaandacht mit Segen; 3 Uhr: Verammlung des Arbeitervereins; 8 Uhr: Verammlung des Jugendvereins im St. Josefsbau; 9 Uhr: Gottesdienst in Hofenwetzersbad.

Wallfahrtskirche Bidesheim

Sonntag: 6 Uhr: hl. Messe; 12 Uhr: Vortag und Singmesse; nachm. 12 Uhr: Segensandacht. — **Mittwoch (Fest des hl. Josef):** 9 Uhr: Predigt und Hochamt; abends 12 Uhr: Andacht. — **Samstag:** 9 Uhr: Wallfahrtsamt. — Unter der Woche täglich 6 und 12 Uhr: hl. Messe.

Abtei Neuburg

Sonntag: 6, 7 und 8 Uhr: hl. Messen; 10 Uhr: Hochamt und Verlesung des Hirtenbriefes; 4 Uhr: Vesper mit sakramentalem Segen; 8 Uhr: Komplet. — **Mittwoch (St. Josef):** 10 Uhr: Hochamt; 4 Uhr: Vesper mit sakram. Segen. — **Freitag (Fest unseres hl. Vaters Benediktus):** 10 Uhr: Konfitektium mit Predigt; 4 Uhr: Konfitektialvesper mit sakramentalem Segen. — **Sonntag:** 4 Uhr: Vesper mit Segen. — Während der Woche, ab 6 Uhr: hl. Messen; 10 Uhr: Konfitektium; 12 Uhr: Vesper.

Katholische Stiftskirche Baden-Baden

Sonntag: 10 Uhr: Beichtgelegenheit; 6 Uhr: hl. Messe; 7 Uhr: hl. Messe und Osterkommunion der Mar. Jungfrauenkongregation, Stiftskirche, und des Vereins kathol. lausm. Schwestern und Beamtinnen „Columba“; 8 Uhr: Schülergottesdienst mit Predigt, deutscher Volksgefang und Osterkommunion der Gymnasialen, Oberrealschüler und Mädchenrealschülerinnen; 10 Uhr: Amt und Predigt; 11 Uhr: hl. Messe und Predigt; 12 Uhr: Christenlehre für die Anaben; 2 Uhr: Herz-Jesuandacht mit Segen; 12 Uhr: Verammlung der Mar. Jungfrauenkongregation, Stiftskirche, mit Predigt, Andacht und Segen; 6 Uhr: Fastenpredigt, Andacht und Segen. — Die Quatemberkollekte ist für Theologiestudierende.

Pfarrkirche Baden-Dax

Sonntag: von 12 Uhr an: Beichtgelegenheit; 12 Uhr: Frühmesse mit Osterkommunion der Jungfrauen, besonders der weihenlebensfähigen Mädchen und der Kongregation; 12 Uhr: Singmesse mit Predigt; 10 Uhr (nicht 10 Uhr): Amt mit Predigt (Kreuzweggedächtnis); 1 Uhr: allgemeine Vesper; 12 Uhr: Kreuzwegandacht; 2 Uhr: Verammlung der Jungfrauenkongregation mit Predigt; abends 7 Uhr: Fastenpredigt mit Segen. — **Montag:** abends 8 Uhr: Bibelabend im Schneiderhaus. — **Mittwoch:** abends 8 Uhr: Generalversammlung des Jungmännervereins im „Mösel“.

Stoffe für Frühjahr!
Foulard, Waschseide
neue Wollmuscine
Tweed v. Mk. 2.80 an
sind in grosser Auswahl eingetroffen.
Wilh. Braunagel, Herrenstraße 7

M. Faas, Naturheilpraxis
Homöopathie Augendiagnose
KARLSRUHE I. B.
Kurfürstenstraße 18, Ecke Ebertstraße,
beim Albtalbahnhof.
Sprechstunden: Vorm. von 9-11 u. von
2-6 Uhr; Dienstage, Donnerstage u.
Samstage nachmittags keine Sprech-
stunden.
Sprechstunden in Bretten: Weidhofer-
straße 38, parterre, Dienstage und
Donnerstage von 1-6 Uhr.

Stromabschaltung.
Begen dringender Arbeiten am Hochspannungs-
netzes muss der elektrische Strom in
Karlsruhe und Wuppertal am Sonntag,
den 16. März 1930, von 8-15 Uhr, abge-
schaltet werden.
Stadt, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsw.

Staatl. Markgrafenbad Badenweiler
vom 17. März an
wieder geöffnet

Herren- und Knabenkleider
stets das Neueste, zum Teil in
eigener Werkstatt hergestellt,
zu denkbar billigsten Preisen bei
Gretz, Schneidermeister,
Marienstrasse 27
Prima Maßarbeit Rabatmarken

Bänder-Versteigerung
Am Mittwoch, den
19. März 1930, ver-
steigert um 9 Uhr nach-
mittags von 2 Uhr
an, findet im Verstei-
gerungslokal des Städt.
Hofes, Leihhauses,
Schwanenstr. 6, 2. St.,
die öffentliche Verstei-
gerung der verfallenen
Bänder vom Monat
Juli 1929 Nr. 21 889
bis Nr. 26 004 ge-
gen Bargzahlung statt.
Zur Versteigerung ge-
langen: Bahndrücker —
Nähmaschinen — Rol-
ler — Schubert-
decken und Zornes-
tischer — Büchse —
Stoffe — Bettende —
Feldstecher — gold. u.
silb. Uhren — Zin-
sen — Musikinstru-
mente usw. Fahräder
u. Nähmaschinen kom-
men Mittwoch 2 Uhr
mittags zur Verstei-
gerung.
Das Versteigerungs-
lokal wird 1/2 Stunde
vor Versteigerungsbe-
ginn geöffnet. Die Karte
steht an den Verstei-
gerungstage und am
Tage vorher nachmit-
tags gefolten.
Karlsruhe,
den 27. Februar 1930.
Stadt. Brandversteiger.

Wid. für I. u. II. Hypotheken Aufwertungs-Hypotheken Restziele
zu vergäben.
Joseph Riekmann, Bankgeschäft,
Karlsruhe i. B.
Esterstr. 76 u. 78,
Kaiserstraße 221.

Mein Großer Werbeverkauf
vom 14. bis 22. März
bietet Ihnen eine ganz besondere Gelegenheit zum Einkauf Ihres Schuhbedarfs
Einige Beispiele:
Herrenhalbschuhe in braunem und schwarzem Boxcall und Lackleder, Rahmenarbeit (Original Goodyear Welt) RM. 18.50 16.50 14.50 **12.50**
Feinfarbige Damen-Spangenschuhe Chevreau und Boxcall RM. 14.50 12.50 10.50 **9.50**
Lackleder-Damen-Spangenschuhe mit L. 15 und Blockabsatz RM. 14.50 12.50 9.50 **8.50**
Damen-Spangenschuhe schwarz R.-Chevreau, 3/4 Absatz, großer Posten **6.50**
Kinder-Schnürhalbschuhe schw. echt Boxcall, gedoppelt, breite, moderne Form Größe 27/30 **6.85**
Größe 31/35 **7.65**
Beachten Sie bitte meine Schaufenster.
Schuhhaus Kehrwald Erbprinzenstr. 26

Danksagung.
Für die uns in unserem schweren Leid erwiesene Teilnahme danken wir herzlich.
Karlsruhe, den 14. März 1930.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Wilhelm Lamm
Oberzugschaffner

PFAFF
Nähmaschinen für Familiengebrauch Gewerbe und Industrie
Niederlage bei **Georg Mappes**
Karlsruhe
Karl-Friedrich-Straße 20
Telephon 2264

Gelegenheitskauf!
Solange Vorrat!
Durch besonders günstigen Einkauf ist Brautleuten und sonstigen Interessenten eine günstige Gelegenheit geboten,
schöne Möbel billigst zu erhalten!
Zum Beispiel:
Schlafzimmer
eichen, neuestes Modell, mit dreitürigem Spiegelschrank komplett nur **490.-**
Küche nat. lasiert, mod. Form mit Tisch, Stühlen und Hocker nur **195.-**
Speisezimmer
eichen, formsch. Neuheiten, mit Auszieh-tisch, 4 echte Lederstühle, zusammen nur **450.-**
Möbel Bröder & Co.
Karlsruhe — Kaiserstr. 111
Günstige Bedingungen!
Im Neuaufgerichten u. Umarbeiten von **Steppdecken** empfiehlt sich
u. Daunendecken
Paula Schneider, Karlsruhe, Adlerstr. 5.

